

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 4 Mk., monatlich 25 Pf.; durch die Briefträger und die Post bezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,62 Mk. Einzelnummer 5 Pf.
Gesandt wöchentlich 6 mal dreimalig halb 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeitspalte oder deren Raum 1. Stbdt. u. Stbst. 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Restliche Zeitspalten 20 Pf. Restliche Zeitspalten 30 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle (ohne förmlichen Antragsbogen) entgegengenommen.
Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet.
Für unerlangte Genehmigungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 49.

Wittwoch den 27. Februar 1907.

33. Jahrg.

Die konservativ-liberale Paarung.

Der Herr Reichskanzler Fürst Bülow hat am Montag am Schluß des ersten Tages der Staatsberatung die mit allgemeiner Spannung erwartete Programmrede gehalten, in welcher er Aufschluß gab, wie sich das Zusammenarbeiten der Rechten und der bürgerlichen Linken in der praktischen Gesetzgebung gestalten soll. Darnach soll sich das Aktionsprogramm der neuen Mehrheit auf folgende politische Aufgaben erstrecken: Eine Reform des Vereins- und Verfallungsrechts, eine Reform des Strafrechts und der Strafprozedur, eine Verbesserung der Beamtenbesoldung im Reich, eine Revision des Verfallungsrechts, die Fortsetzung einer gesunden kräftigen Sozialpolitik für die arbeitenden Klassen, mit welcher gesetzgeberische Maßnahmen zur Hebung des Mittelstandes Hand in Hand gehen sollen und eine Landesverteidigungspolitik, die es ermöglicht, Ersparnisse im Heeresbudget zu machen. Auf welchem Wege diese Ersparnisse erzielt werden sollen, ist allerdings vorläufig noch nicht abzusehen; bekanntlich verlaute es vor einiger Zeit aus offiziellen Kreisen, die hierüber gut informiert sein können, daß die militärischen Forderungen im neuen Etat sich erstrecken würden auf weitere Materialansparungen für die Genie- und Artillerietruppen, sowie für die Kavallerie.

Der Herr Reichskanzler hegt die Hoffnung, daß die Verbündeten Regierungen in allen diesen Fragen mit der konservativ-liberalen Mehrheit zu faßbarer parlamentarischer Arbeit sich zusammenfinden werden. In den rein wirtschaftlichen Fragen soll alles beim alten bleiben; der Herr Reichskanzler scheint dabei von der Ansicht auszugehen, daß sich hierin wesentliche Differenzen zwischen den Mehrheitsparteien nicht mehr ergeben werden, nachdem die Hauptfreifrage, die Zollpolitik, durch die Handelsverträge noch auf 9 Jahre hinaus der parlamentarischen Diskussion entzogen ist. Konzeptionen an die Linke in wirtschaftlichen Fragen scheinen von der Regierung nicht beabsichtigt zu sein; der Reichskanzler unterzieht im Gegenteil seinen bisherigen schicksalserfahrenen Standpunkt durch die Proklamierung der Fortsetzung des „Schutzes der nationalen Arbeit“. Was das Mädchen aus der Fremde schützte er das Füllhorn seiner Gaben über alle Berufswege aus. Die Regierung will den „vollen Schutz der Landwirtschaft“ verbinden mit gleicher Fürsorge für die Industrie und für die Arbeiter. Die berühmte „mittlere Linie“, die aber in der Praxis nichts weiter war als eine einseitige Begünstigung der Landwirtschaft, soll also in der Wirtschaftspolitik auch weiter fortgesetzt werden, vornehmlich auch aus dem Grunde, weil die Regierung bei der Fortführung dieser Wirtschaftspolitik der Mitwirkung des Zentrums nicht entraten kann.

Fürst Bülow hatte vorher Veranlassung genommen, mit dem Zentrum eine Generalabrechnung zu halten; er setzte in ziemlich breit angelegten Ausführungen auseinander, aus welchen Gründen es der Regierung unmöglich geworden sei, mit dem Zentrum weiter zu arbeiten und den durch die Vereinigung der Mittel für eine nationale Forderung hervorgerufenen Konflikt zwischen Reichstag und Bundesrat durch Berufung an die Wähler zum Austrag zu bringen. Der Kern seiner Ausführungen war der, daß das eine verurteilt kritische Weltanschauung verneinende Zentrum durch seine Kooperation mit der ausgeprochen antinationalen Sozialdemokratie sich selbst aus der Reihe der „nationalen“ Parteien, wenigstens in diesem Falle ausgegliedert habe und daß die Regierung mit einer Partei, welche die nationalen Gesichtspunkte nur aus diktorischen Gelüsten so sehr mit Füßen trete, nicht länger zusammenarbeiten könne. Ob die Regierung vielleicht später einmal, wenn sich das Zentrum inzwischen wiederum zu einer nationalen Politik bekehrt haben sollte, das Vertrauen zu der hiesigen und bisher führenden Gruppe der bisherigen Regierungsparteien wiedergewinnen wird, wurde von dem Herrn Reichskanzler als eine offene Frage behandelt.

Mit der Sozialdemokratie, die der Reichskanzler am Montag nur im Zusammenhange mit den Wahlbündnissen freiste, wird sich der Herr Reichskanzler erst im weiteren Verlaufe der Staatsberatungen auseinanderzusetzen; es wird eine ziemlich eingehende und umfangreiche Auseinandersetzung werden, wie Fürst Bülow auf Grund der ihm vorliegenden zahlreichen Ausschnitte aus der Wahlbewegung in Aussicht stellen konnte.

Zur Lage in Rußland.

Ueber das Wahlergebnis teilt die „Petereb. Tel.-Agentur“ weiterhin mit: Bisher sind 448 Abgeordnete zur Duma gewählt, darunter 85 den monarchistischen Parteien angehörend (30 Monarchisten und 55 Mitglieder der Rechten), 42 Gemäßigte (Clibisten), Mitglieder der Partei der Rechtsordnung, monarchistische Demokraten, Mitglieder des Zentrums und 14 Mitglieder der übrigen gemäßigten Parteien), 276 gehören der Linken an (Mitglieder der Partei der friedlichen Erneuerung, 1 demokratischer Reformier, Progressisten, Mitglieder der Arbeiterpartei, 72 Kadetten, 48 Sozialdemokraten, 11 Sozialrevolutionäre, 88 Mitglieder der übrigen Parteien der Linken).

Zu den inneren Wirren liegen folgende Telegramme vor: Petersburg, 24. Februar. Die „Petereb. Telegraphen-Agentur“ teilt mit: Einige Petereb. Zeitungen haben behauptet, daß die gerichtliche Untersuchung wegen der jüngst im Hause des Grafen Witte entdeckten Höllemaschinen deren Unschädlichkeit ergeben habe. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die am 21. d. M. durch gerichtliche Sachverständige vorgenommene Untersuchung festgestellt hat, daß jede Höllemaschine bis 3 1/2 Pfund Explosivstoff von gewaltiger Kraft enthielt und daß eine Explosion zweifelslos infolge Erwärmung oder durch Erschütterung hätte erfolgen müssen. Durch die Unwerke, mit denen die Höllemaschinen ausgestattet waren, konnte eine Explosion nicht herbeigeführt werden, denn der Mechanismus war ungeschickt zusammengefügt. Wäre eine Explosion erfolgt, so würde ein Teil des Hauses und selbst die Hauptmauern zerstört worden sein.

Dessa, 23. Febr. Meldung der „Petereb. Telegraphen-Agentur“: Heute mittag wurde der Chef der Polizei, von Hosberg, durch eine Bombe leicht verwundet. Der Geheimpolizist, der sich neben ihm im Wagen befand, ist schwer verwundet, das Pferd getötet. Die Bombe wurde hinter dem Wagen bemerkt. Es ist nicht gelungen, den Täter festzunehmen.

Warschau, 25. Febr. Der Professor an der hiesigen Universität und Vorsteher des Verbandes der wahrhaft russischen Leute Danjow ist überfallen, jedoch durch die auf ihn gerichteten Revolvergeschosse nicht verletzt worden.

Paris, 24. Febr. Nach einer im Ministerium des Aeußeren eingegangenen Depesche soll der Sohn des französischen Enclaviers Raymond, der im Kaukasus als Ingenieur tätig ist, bei einem gegen ihn unternommenen Mordversuch schwer verletzt worden sein.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Zur österreichisch-ungarischen Ausgleichsfrage erläutert der „Pester Lloyd“ den Standpunkt der ungarischen Regierung bezüglich des vom Handelsminister aufgestellten Präklusivtermins für den Abschluß der Ausgleichsverhandlungen dahin, daß die Bezeichnung der Dreierferien als des Termins, der die endgültige Entscheidung bringen müsse, nicht mißverstanden werden dürfe. Die ungarische Regierung werde nur von der Ansicht geleitet, die hier eine Situation herbeizuführen, in der sie klar sehen könne. Nur falls die Regierung zu den Erkenntnis gelangen sollte, daß Oesterreich den wichtigsten Interessen Ungarns nicht

Rechnung trage, wird Ministerpräsident Wessely jede weitere Verschleppung für zwecklos erklären. Das ist denn doch eine wesentliche Abschwächung der kossuthschen Erklärungen. — Der Hungerstreik der ruthenischen Studenten hat den Erfolg gehabt, daß laut Beschluß des Oberlandesgerichts in Lemberg die verhafteten Studenten bis auf fünf ohne Kaution auf freien Fuß gesetzt worden sind.

Italien. In Sachen der zweiten Haager Konferenz ist der russische Staatsrat von Martens am Sonnabend in Rom eingetroffen. Am Sonntag fand zu seinen Ehren in der russischen Botschaft ein Frühstück statt, an welchem der Minister des Auswärtigen Tittoni und das diplomatische Korps teilnahmen. Am Montag wurde Herr v. Martens vom König von Italien empfangen.

Frankreich. Zum französischen Kirchenfreit weiß das Blatt „Siele“ zu berichten, daß die Erzbischöfe von Paris, Lyon und Bordeaux die ihnen unterstehenden Bischöfe zu sich berufen haben, um ihnen die vom Vatikan eingetroffenen neuen Weisungen zu erteilen. — Der Vatikan läßt in der „Agenzia Sefani“ die sonst nur von der italienischen Regierung als Sprachrohr benutzt wird, erklären, daß er auf die neuen vordänischen Vorschläge nicht eingehen wolle. Der verlangte Ausschluß fremder Priester von der Benutzung der Kirchen und ebenso der Ausschluß französischer Kongreganisten seien unannehmbar.

England. In einer Denkschrift des englischen Kriegsministers Halbane über das Heeresbudget 1907/08 wird die Gesamtsumme der Ausgaben auf 27.600.000 Pfund Sterling festgesetzt, was eine Verminderung um 2.036.000 Pfund gegenüber dem Jahre 1906/07 bedeutet. In der Denkschrift wird ferner angekündigt, daß ein besonderer Sold in Zukunft nicht nur bei längerer Dienstzeit, sondern daß auch solchen Mannschaften, welche das festgesetzte Maß von Fertigkeit im Schießen, Signalfieren usw. erreichen, ein besonderer Sold je nach ihren Fortschritten gewährt werden soll. Im übrigen wiederholt die Denkschrift die von Halbane in seinen letzten Reden dargelegten Gesichtspunkte und Vorschläge. In einer Rede zu Portsmouth sagte Kriegsminister Halbane am Freitag, er habe, wenn das Parlament zustimme, die Absicht, an das Land wegen Schaffung einer nationalen Armee zu appellieren, nicht im Geiste des Militarismus, sondern weil er der Ueberzeugung sei, daß die zur Landesverteidigung organisierte männliche Bevölkerung des Landes eine der besten Bürgschaften des Friedens sei.

Serbien. Bei der fortgesetzten Debatte über den serbisch-französischen Handelsvertrag trat am Sonnabend in der Stuyfshina der Jungabfatte Draskovitch für den Abschluß eines Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn ein. Der zur Regierungspartei gehörige Abgeordnete Petrovitch rief, der Redner habe gesprochen, wie wenn ihn Oesterreich-Ungarn gebunden hätte. Draskovitch verlangte hierauf in erregtem Tone vom Präsidenten Schutz gegen solche Verleumdung, widrigenfalls er den Präsidenten züchtigen werde. Die jungabfatlichen Abgeordneten eilten zur Präsidententribüne, es entstand großer Lärm und die Sitzung wurde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen zog Petrovitch seinen Zwischenruf zurück. Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Minister des Innern Protschik und den oppositionellen Abgeordneten. Die Sitzung wurde abermals unterbrochen und, da nach der Wiederaufnahme der Lärm fortwauerte, auf Montag vertagt.

Marokko. Zur Ausführung der Konferenzbeschlüsse von Algiciras meliet die „Agence Haas“ vom Sonntag aus Tanger: Seit einigen Tagen sind die Vertreter der Mächte und die Delegierten des Sultan in engere Beziehungen zu einander getreten, was dadurch zum Ausdruck kommt, daß gemeinschaftliche Kommissionen zur

Durchführung der auf der Konferenz von Algier beschlossen Reformen gefördert worden sind. Von diesen Kommissionen beschäftigt sich eine mit der Aufstellung einer Vorschrift für die Einfuhr von Jagd- und Kurzwaffen sowie von Sprengstoffen, eine zweite mit dem städtischen Bauwesen und den Bestimmungen für die Warenlagerung und eine dritte mit dem Submissionswesen und den öffentlichen Arbeiten. — Von demselben Tage meldet die „D. Kabelz. Ges.“ aus Tanger: 600 Mann Verstärkung, unter ihnen Artillerie, sind von Fez hier eingetroffen und setzen den Marsch in der Richtung nach dem Luftballonort der Mahalla fort. Die Operationen gegen die Beni-Arabs setzen bevor. Den Oberbefehl über die Truppen übernimmt Bagdad; Ben Ghazi kehrt nach Tanger zurück.

Deutschland.

Berlin, 26. Febr. Der Kaiser begab sich am Sonntag nachmittag im Automobil nach Potsdam zu einem Besuch der Erzherzogin Isabella und der Prinzessin Emanuel Salza, abends nahm der Monarch an dem Fest der alten Herren des Regiments Garde du Corps teil. Am Montag morgen baute der Kaiser eine Besprechung mit dem Reichskanzler in dessen Palais und hörte später im königlichen Schloß den Vortrag des Oberst des Zollabteiles.

(Prinz Gisel Friedrich) wurde nach Meldung des „Staatsanwalter“ zum Ehrenritter des Johanniterordens ernannt.

Reichskanzler Fürst Bülow empfing am Sonntag den neuernannten Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, v. Bülow Vossie, seinen Vetter.

Die Ernennung des Oberlandesgerichtsrats Dr. Porzitz in Jena, früheren konservativen Reichstagsabgeordneten, zum Reichsgerichtsrat wird im „Reichsanz.“ veröffentlicht.

Ueber die Audienz des Reichstagspräsidenten beim Kaiser, die am Sonntag im königlichen Schloße zu Berlin stattfand, wird noch berichtet, daß der Kaiser bei diesem, schon wegen seiner Länge auffallenden Empfang auch mehrere Äußerungen politischen Charakters getan haben soll. Wie der „Allg. Berl. Lok.-Anz.“ mittelt, klang aus den Worten des Kaisers immer aus neue die freudige Genugtuung durch, daß durch die jüngsten Reichstagswahlen dem nationalen Gedanken der Sieg beschieden gewesen sei. Auch die Wirkung dieses Sieges gegenüber dem Ausland betonte der Monarch. Das Ausland müsse den Ausfall der letzten Wahlen nach der Stimmung bewerten, die in nationalen Dingen die Mehrheit des deutschen Volkes beherrsche, und eine solche Wahrnehmung könne nicht anders als eine rückwirkende Kraft ausüben auf die Stellung der anderen Mächte Deutschland gegenüber. Dabei nahm der Kaiser Gelegenheit, über das allgemeine Wahlrecht zu sprechen, und er gelangte zu dem Schluß, „daß dieses so vielfach angefeindete Wahlrecht sich durchaus bewährt habe.“ Mit besonderer Begeisterung beschäftigte sich der Monarch mit dem Ausfall der Wahlen im Königreich Sachsen. Er sprach über sie in dem Sinne der Telegramme, die er und König Friedrich August voller Genugtuung über das entgeltliche sächsische Wahlergebnis mit einander ausgetauscht hätten. Aber gleich nach der Hauptwahl, so erzählt der Kaiser, habe er mit dem König, als dieser zum 27. Januar nach Berlin gekommen war, über die Wahlen in Sachsen sich ausgeprochen, und da sei es ihm interessant gewesen, zu bemerken, wie gut sich der König über die Persönlichkeiten der Abgeordneten, bezw. der Kandidaten unterrichtet gefühlt habe. Eines sei jedenfalls festzustellen und festzuhalten als das lehrreiche Ergebnis der letzten Wahlen, und dieses sei die Tatsache, daß der Anprall der Sozialdemokratie gerschle, sobald die bürgerlichen Parteien sich zusammenschließen. Bezüglich des Zentrums ließ der Kaiser durchblicken, daß ihm die Verschiedenheit zwischen der regierungsfreundlichen Haltung des Episkopats und der Zentrumspartei nicht entgangen sei. Auf diese Verschiedenheit fügte der Monarch die Hoffnung auf eine künftige erfrischende Politik des Zentrums. Die weltpolitische Lage berührte der Kaiser ebenfalls. Er zeichnete in großen Umrissen die Konstellation der Mächte, wie sie nach den Ereignissen im fernem Osten und durch diese sich ergeben habe. Das Fazit seiner Betrachtungen zog er in einem für die Erhaltung des Friedens höchst günstigen Sinne. Auch die Entwicklung unserer Kolonien wurde von ihm erörtert.

Personalien aus der Kolonialabteilung veröffentlicht die „Kiel. Neuest. Nachr.“ Wir entnehmen den Mitteilungen, daß Oberamtmann Dr. Seitz nicht nach Kamerun gehen wird, sondern daß ihm, sobald das neue Kolonialamt bemittelt ist, eine „hohe“ Stellung in diesem Reichsamt vorbehalten ist. Ferner soll es nicht richtig sein, daß der Wirkliche Legationsrat v. Jacobs aus dem Kolonialamt in den Konsular-

dienst zurücktreten wird. Herr v. Jacobs werde zwar sein Unterkommando an den aus Südwestafrika zurückkehrenden Bezirksrat Dr. Meyer abtreten, aber eine andere Verwendung im Kolonialamt finden. Außerdem registriert das Kiel. Blatt das Gerücht, Oberamtmann v. d. Groeben, der in der Kolonialabteilung außer dem wirtschaftlichen Dezernat auch das Pressedezernat inne hat und dessen Zusammenarbeiten mit dem Generalmajor Keim bei der Abfassung der gegen das Zentrum gerichteten Flugblätter des Deutschen Flottenvereins aus den Entwürfen des „Bayer. Kuriers“ bekannt geworden ist, werde aus dem Kolonialamt auscheiden. Allerdings fügt die „Kiel. Neuest. Nachr.“ hinzu, daß sie an dieses Gerücht nicht glauben.

Mit der Wohltätigkeit des Generalmajors Keim und mit seinem Vorschlag, die Sozialdemokratie für ein antikerisches Kartell zu gewinnen, ist auch die konservative „Kreuzzeitung“ höchst unzufrieden. Sie meint, was Generalmajor Keim geschrieben habe, schäbige unmittelbar den Frieden unter den Konfessionen, und sie freut sich, daß sich jetzt auch in liberalen Zeitungen Äußerungen finden über die Treibereien der Flottenvereinsagitatoren, die „niemandem nützen, als dem bösen Dämon unseres Volkes, dem konfessionellen Haß.“ „Keiner scheint“, so fährt das konservative Blatt fort, „der sächsische Provinzialverband des Flottenvereins die „alsbaldige“ Einberufung einer Generalversammlung nicht haben drücken können, und nun ist es zu spät, um das Unheil wieder gut zu machen. Ehe die Generalversammlung Herrn Keim desavouieren kann, ist wohl der letzte Katholik aus dem Flottenverein ausgetreten und die schöne Organisation zerstört, die unsere nationale Wehrkraft aus dem Streite der Parteien herausheben wollte. Umgeben kann das Präsidium des Flottenvereins die Zustimmung nicht, wenn es nicht um eines Mannes willen die ganze Sache auf schwarze und nachhaltige schädigen will. Wir verstehen daher die Verögerung nicht.“

Das Zentralkomitee vom Roten Kreuz erstattete in seiner kürzlich unter dem Vorsitz des Vize-Oberzeremonienmeisters und königl. Kammerherrn B. v. d. Knefbeck in Berlin abgehaltenen Sitzung Bericht über die weitere Wirksamkeit für die Angehörigen des südwesafrikanischen Expeditionskorps. Danach sind bis jetzt 31 Schwerverwunden und 92 männliche freiwillige Krankenpfleger und Depotverwalter usw. im Auftragsgebiet, in den Lazaretten und Materialdepots in Ergänzung der militärischen Organe tätig gewesen. Ueber 19000 große Rufen mit Materialdepots sind — zum weitaus größten Teil aus der Vereinsorganisation vom Roten Kreuz stammend — nach Südwestafrika verpackt worden. Rund 600 Kranke und Verwundete haben auf Rechnung oder durch Vermittlung des Zentralkomitees freie Brunnens- und Bäderkuren oder Heilbäder zu solchen genossen. Allein das Zentralkomitee hat hierfür über 730000 Mark schon verausgabt, abgesehen von den erheblichen Leistungen der einzelnen Landes- und Provinzialvereine vom Roten Kreuz. Mit Rücksicht auf die weiteren zu erwartenden Aufgaben soll erneut um Beiträge gebeten werden. An der im Juni d. J. in London stattfindenden internationalen Konferenz der Vereine vom Roten Kreuz wird sich das Zentralkomitee beteiligen. Ebenso an der dort geplanten Ausstellung von Modellen, Zeichnungen und Beschreibungen von Einrichtungen zur Verbesserung des Verwundetenwesens, mit der eine Preisverteilung aus dem von der Kaiserin Wilhelme von Rußland gestifteten Marie-Fedorowna-Fonds verbunden sein wird. Die Herstellung eines literarischen Werkes über die bei sämtlichen Vereinen vom Roten Kreuz vorhandenen Transporteinrichtungen ist geplant. Neue Grundbestimmungen über die Verteilung von transportablen Baracken innerhalb der Vereinsorganisation wurden genehmigt. Einer Reise von Sanitätskolonnen wurde der Beihilfen zu Befeldung und Ausrüstung bewilligt. Ebenso fanden weitere Zuwendungen an Sanitätskolonnen und Krankenbäuser im Interesse ihrer weiteren Entwicklung und Kriegsvorbereitung statt.

(Der Erlaß des Oberkirchenrats.) Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß durch den beschrittenen Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrats gegen die 147 evangelischen Geistlichen, welche die beantragte Erklärung aus Anlaß des Falles Cesar erlassen haben, die Gegensätze zwischen den beiden kirchlichen Hauptströmungen sich nur noch weiter verschärfen werden. Die Organe der Orthodoxie, die Morgenluft wittern zu glauben, schlagen schon jetzt einen immer übermütigeren Ton an. Die „Lutherische Rundschau“ zweifelt bereits „an dem Bestand der 147 preussischen Pfarrer“. Diesen 147 nach Ansicht des orthodoxen Blattes nicht ganz zurechnungsfähigen Pfarrer haben sich aber inzwischen noch weitere 200 und mehr angeschlossen, wenn, wie zu hoffen steht, noch weitere Zustimmungserklärungen in großer Zahl erfolgen, wird die Zahl der nach Ansicht des orthodoxen Blattes zurechnungsfähigen, weil positiven Pfarrer wohl bald gar sehr zusammenschumpfen.

(Das Zentrum) ist ein guter Haffer. In Anbetracht haben die intrantigen Elemente des Zentrums es durchgesetzt, daß Arbeiter, welche dem neugegründeten liberalen Wählerverein beigetreten waren, aus dem katholischen Arbeiterverein ausgeschlossen worden sind, der angeblich „unter dem Schutz des heiligen Abrabars Josep steht.“ Das letztere ist wohl ein Irrtum. Der heilige Abrabara Josep dürfte schwerlich an einer solchen Unterzierung einen Antheil haben.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 25. Febr.) Der neue Reichstag hatte am Montag seinen ersten nachstößigen großen Tag mit dem Beginn der Tagesberatung, die von dem Reichstagspräsidenten Freiherrn von Stengel durch ein längeres Epöde eingeleitet wurde. Das ging freilich zunächst ziemlich ruhig und matt vorüber. Der letzten Stimme des Redners und bei dem im Saale herrschenden Stimmengewirr fand sich kaum jemand zuerdt. Erst als der Zentrumsvizepräsident Dr. Spahn das Wort ergriß, füllte sich der Sitzungssaal mit der Aufmerksamkeit, und nachdem die üblichen Finanzberatungen vorbei waren, die diesmal aus dem Zentrumsmunde nicht weniger freundlich lauteten, als sonst, konnte Herr Spahn den politischen Teil seiner Rede vor einem brechend gestülten Saale und vor günstig überfüllten Tribünen halten. Am Bundesstaatsfische sah man den Reichskanzler Fürsten Bülow, die Staatssekretäre v. Sichertsch, Polakowsky, Dernburg, Kräfte und die Minister v. Bethmann-Hollweg, v. Elm und zahlreiche Vertreter Parteien sowohl wie der einzelnen Bundesstaaten. Herr Spahn sprach so klar, wie man es diesem diplomatischen Zentrumsmann gar nicht zugehört hätte. In seinem Hinblick auf die abgelaufene Wahl griff er auf die bekannte Veröffentlichung des „Bayerischen Kuriers“ aus dem Flottenverein zurück und warf dem Fürsten Bülow Mißbrauch seiner Amtsgehalt vor, so schämte ihm kaum in napoleonischen Zeiten. Er gab dann seiner Genugtuung über den Ausbruch, daß keine Partei ungenügend aus dem Wahlkampf hervorgegangen sei. Als er von der selbstigen Mitarbeit des Zentrums an allen großen Gesetzen der letzten Jahre sprach und behauptete, daß sich das Zentrum nie von Parteinteressen leiten ließ, erscholl aus zahlreichen Reihen des Saales schallendes Gelächter. Nachlebhafte ging es während der nun folgenden Rede des nationalliberalen Abg. Baizermann zu, der als Vorsitzender des Ausschusses die Umschichtung des Zentrums aus der Entscheidung über nationale Fragen bezeichnet, die durch das so politische Verhältnis erwachte deutsche Bürgertum erfolgt sei. Auch Abg. Böhmermann widmete einen Teil seiner Rede den Wahlkategorien des deutschen Flottenvereins und natürlich insbesondere den Briefen des Generalmajors Keim, die sich auf den Redner bezogen. Hieran sprach Fürst Bülow. Er präzisirte seine Stellung zum Zentrum, mit dem er solange zusammengearbeitet habe, bis es in nationalen Dingen etwas herab den Anhängern des Abg. Spahn über Wahlverhältnisse gegenüber betonte Fürst Bülow, daß die Regierung in künftigen Wahlkämpfen noch mehr als bisher die Wähler über ihre Absichten aufklären werde. In Bezug auf den Deutschen Flottenverein ludte der Reichskanzler seine Haltung zu rechtfertigen. Was die künftige innere Politik anbelangt, so bestritt der Reichskanzler, daß ihm in der Entscheidung der Angelegenheit des Fernordativen und Liberalen Bekanntheit als Ziel vorstünde, da, wie die Geschichte der früheren Jahre gelehrt habe, auf diese Weise die besten Ergebnisse zu erzielen kommen. Der Reichstag hob hervor, daß zu diesen Bejude dem Liberalismus Konfessionen gemacht werden müssen.

Abgeordnetenshaus. (Sitzung vom 25. Febr.) Im Abgeordnetenshaus wurde am Montag der Bericht der Geschäftsausschüsse über die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung sozialdemokratischer Redakteure wegen Verleumdung des Abgeordnetenshauses auf Antrag des Abg. Schiffer (nl) an die Kommission zurücküberwiesen, weil noch genauer geprüft werden müsse, ob die Artikel, die jetzt unter Auflage stehen, nicht bereits vor dem Beschluß geschrieben seien, der im vorigen Jahre zur Warnung vor Verleumdungen gefaßt worden sei. Dann ging das Haus zur ersten Beratung der Novelle zum Vergleesgesetz über, die das Recht zur Aufhebung und Gewinnung von Steinbröcken, Eisenstein, Kali, Magnesia und Borsäure, die im Reichswalden dem Staat vorbehalten sind, auf Privaten überträgt. Die Verhandlungen mit einem geschäftlichen Hinblick auf die Entwicklung des Bergbaues des ein und betonte die Notwendigkeit, dem Staat einen größeren Einfluß auf die Geschäftsbearbeitung der Synidiate zu sichern. Das ist der Zweck der Vorlage. In der Debatte wurden von allen Rednern Bedenken gegen die Vorlage erhoben. Abg. Stöckmann (nl) verlangte Garantien für die Art und Weise, wie der Staat den ihm anvertrauten Bergbau betreiben werde. Vom Zentrum sprach Abg. Dr. Fervers für die Wichtigkeit seiner Freunde die grundsätzliche Zustimmung zu der Vorlage aus, anzusehe aber ebenfalls einige Bedenken. Vollständig abnehmend verhielt sich der nationalliberale Abg. Hilber, der meinte, das Gesetz schiene dem Haß gegen die Sozialdemokratie zu entspringen, die bessere Einrichtungen hätten aus der Fiskus. Er wies der Vermittlung Hofe Verhandlungsweg gegen die privaten Berggesellschaften vor. Oberbergbauminister v. Belsen wies diese Vorwürfe zurück und entschuldigte die Verwaltung damit, daß er meinte, sie hätte nichts anderes getan als die Privatindustrie mit den Wästen müsse man heilen. Nachdem Abg. Krause (Waldenburg, st) erklärt hatte, daß für seine Freunde die grundsätzlichen Bestimmungen der Vorlage nicht unannehmbar seien, wandte sich Abg. Dr. Gertger (stl. Dp.) entschieden gegen die vom Regierungskomitee vertretene Ansicht, daß man mit den Wästen heilen müsse. Gerade diese Ansicht sei, wie notwendig Garantien in der Vorlage seien, daß die Regierung nicht zu weitgehende Vollmachten erhalte. Seine Partei müsse entscheiden die Vorlage bekämpfen, soweit sie die Bergbauteile betreffen wolle. Die Staatsfrage wollten seine Freunde in der Kommission ihrer Prüfung unterziehen, während sie die Bestimmungen, die eine eine Veräußerung des Bergbaubereiches abtlen, vorzugsweise annehmen könnten. Nach einer Erwiderung des Ministers und nachdem Abg. Volk-Missa (stl. Dg.) noch Bedenken geäußert hatte, ging die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. — Am Dienstag steht der Bericht auf der Tagesordnung.

Anzeigen.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.
Familien-Nachrichten.

Heute vormittag 1/28 Uhr entschlief nach kurzem Leiden unser lieber kleiner
Ernst
im Alter von 7 Jahren. Dies geht tiefbetruft an
Familie **R. Hetzscholdt.**
Merseburg, den 26. Februar 1907.
Die Beerdigung findet Freitag nachm. 3 Uhr von der Altenburger Friedhofskapelle aus statt.

Zurückgeführt vom Orde unserer teuren Entschlafenen
Anna Dienemann
sagen wir allen denen, die den Sarg so schön mit Kränzen schmückten und bei der letzten Ruhe geleiteten, unseren innigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dank.
Zurückgeführt vom Orde unseres lieben Entschlafenen können wir nicht unterlassen Allen, die ihn zur letzten Ruhe geleiteten, unseren herzlichsten Dank auszusprechen. Auch Dank Allen, die den Sarg so reichlich mit Kränzen schmückten, ferner Dank Herrn Pastor Bied für die trostliche Grabrede, sowie Dank Herrn Lehrer Junz und seiner lieben Schuljugend für den erhabenen Gesang; endlich herzlichen Dank auch dem Sargvereiner für die letzte Ehre, die er unserem lieben Entschlafenen beim Begräbnis erwies.
Im Februar 1907.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Gustav Kretzschmar.

Schulangelegenheit.
a) Die Wahlkommission derjenigen zu Eltern d. 3. Schuljahrs, welche eine der folgenden Schulen besuchen wollen, findet im Lehrerzimmer der Mädchen-schulen an folgenden Terminen statt:
1. Geborene Bürger-Kindergärtchenschule: **Donnerstag den 7. März, morgens 10 Uhr.**
2. Geborene Bürger-Mädchenschule: **Freitag den 8. März, morgens 10 Uhr.**
3. Höhere Mädchenschule: **Sonntag den 9. März, morgens 10 Uhr.**
Taufbescheinigung und Impfzeugnis sind vorzulegen; der betr. Kindsname ist gleich in Empfang genommen werden.
b) Diejenigen Kinder, welche Eltern d. 3. in eine der hiesigen geh. städt. Schulen übergeben wollen, haben sich am Montag den 8. April, morgens 10 Uhr, im Konferenz-zimmer der Mädchenschule zur Prüfung und Aufnahme einzufinden und das letzte Schulzeugnis, sowie Schelbmaterialien mitzubringen. Auswärtige Kinder müssen noch eine Taufbescheinigung vorlegen.
c) Die Weiltage sind am

Dienstag den 9. April cr., nachmittags 2 Uhr,
Merseburg, den 26. Februar 1907.
Der Direktor: **Schulte.**

Zwangsversteigerung
Donnerstag den 28. Febr. cr., vormittags 11^{1/2} Uhr,
versteigere ich im Gaißhause zu Weisitz
10 Zentner Kartoffeln.
Merseburg, den 26. Februar 1907.
Grosse, Gerichts-Vollzieher.

Zwangsversteigerung.
Mittwoch den 27. Februar d. J., vormittags 10 Uhr,
versteigere ich im Gaißhause
**1 Kleidersekretär, 1 Regulator,
1 gr. Wanduhr, 1 Hängelampe
und 1 Schreibpult.**
Merseburg, den 26. Februar 1907.
Tauchnitz, Gerichts-Vollzieher.

Inventar-Auktion.
Wegen Aufgabe der Wirtschaft werde ich
Sonabend den 2. März, vormittags 10 Uhr,
im Geschäft Hallestraße 33
2 zugeseite Arbeitspferde, ein Wagen (4 zöll.), 2 Kistenwagen (2^{1/2} zöll.), 1 Halbhais, 1 Säckelmaschine, 1 Handdreschmaschine, 1 Landauer, 1 Sälbhais, 1 Säckelmaschine, 1 Handdreschmaschine, 1 Reinigungsmaschine, 2 eiserne Pflüge, 1 Krümmer, 1 Kartoffelzettel, verschiedene Rutz- u. Lastgeschirre und dergl. mehr
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Richard Krampf.

Dank.
Für die uns anlässlich unserer silbernen Hochzeit und des silbernen Geschäftsjubiläums dargebrachten Aufmerksamkeiten dank wir unsern herzlichsten Dank.
Hermann Taitza u. Frau.

In Auktion
am Mittwoch im Restaurant „Zur guten Quelle“ kommen auch folgende Gegenstände
2 eis. Bettstellen, 2 Holzbettstellen, eine Partie Zigarrenformen etc.
mit zum Verkauf.
Fried. N. Kunth.

Königl. Lotterie-Ginnahme,
Hallestraße 11a.
Erneuerung der Lose muß bis 4. März erfolgen.
Kauflose vorrätig.
Bis 15. März kann ich Geld u. Silbergeld gegen Reichsbanknoten abgeben.
Cartze.

Barriere-Wohnung
alt Borgarten Hallestraße 24 b für 210 Mk. zu vermieten und 1. April zu beziehen. Näheres **Neudammstraße 2 b.**

Eine Wohnung,
3. Etage, Preis 400 Mk., zu vermieten und 1. April zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Eine Wohnung,
Stube, 2 Kammern u. Küche, von zwei einzelnen Leuten zum 1. Juli zu mieten gesucht. Off. unter **R. K.** an die Exped. d. Bl.

Wohnung
3. Br. v. 150-200 Mk., zu mieten ge- wünscht, in etw. Raum f. Hühner. Off. unter **W. G.** an die Exped. d. Bl.

Freundlich möbliertes Zimmer,
separater Eingang, an solchen Herrn für 12 Mark zu vermieten. **Landwehrstraße 18 I.**

Fein möbliertes Poas,
Stube und Kammer, zu vermieten. Näheres **Häckerstraße 5, par. 1.**

Frdl. möbl. Zimmer mit Kabinett
per 1. oder 15. März zu vermieten. **Hallestraße 33 b I.**

Kleines Wohnhaus
mit schönem Hof und Stallung altershaber zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

12500 Mt.
per 1. April auf gute Sicherheit auszuliehen. Effekten unter **M T 45** an die Exped. d. Blattes erbeten.

Kinderrwagen
zu verkaufen. **Neumarkt 54.**

Die weltberühmte **Mannborg**
Harmoniums
schon von Mk. 100.— an
in grösster Auswahl nur allein bei
C. Rich. Ritter
Hoflieferant
Halle a. S.

Wohnhaus
in neuem Stadteil, neu erbaut, gut verzinslich, eventl. mit Garten, bei mäßiger Anzahlung zu verkaufen. Offerten unter **V V** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Ganz edler Bernhardiner
(Hilde), 1^{1/4} Jahr, etwa 81 cm hoch, weis mit Vollplatten, bildschön, sehr gutartig, zu verkaufen. **Hallestraße 33 c.**

Ein 2-jähriger holländ. Zuchtbulle steht zum Verkauf. **Bergschenke bei Wegwitz**

2 Läufer Schweine
werden verkauft. **Weißenhofsstr. 19.**

Ein edler Simmentaler **sprungfähiger Bulle** steht zu verkaufen. **Schladbach Nr. 26.**

Junge Kaninchen
sind zur Zucht zu verkaufen. **Hofmarkt 5 im Laden.**

Max Herrfurth,
Photograph,
Breitestrasse 8.

Gehellegant und modern eingerichtete Sauberste Ausföhrung. Ansichten von Merseburgs Sehenswürdigkeiten
ad architektonischen Aufnahmen sind stets bei mir zu haben

Patentanwaltsbureau SACK-LEIPZIG
Besorgung u. Verwertung

Bienenhonig,
gar. rein, eigener Bienenzucht, in feinsten hellsten Ware empfiehlt
O. Traethner, Unterallenburg 40

Die Schönste
weisse, sonnengelbe Haut, ein zartes, reines Gesicht mit rötlichen jugendlichen Ausstrahlen und blendend schönem Teint erhält man bei täglichem Gebrauch der echten
Stadenpferd-Vollmilch-Seife
von Bergmann & Co. Adelsheim mit Schutzmarke: Stadenpferd, a. St. 50 St. bei: **Auguste Berger, Leipzig, Seitenstr. 18. Niederlage E. Müller, W. Fuhrmann, Paul Richter, Franz Wirth.**

Thilo Rudolph
Spezialgeschäft
in Mehl und Futterartikeln
Gotthardtsstrasse 18.
Weizenmehl, Roggenmehl,
Hühner- u. Taubenfutter und sonst. Futterartikel, Nudelfabrikate aller Art, gutkoch. Hülsenfrüchte, Karthrein, Malzkaffee, Quaker-Oats, Oetker's Pudding- und Backpulver, Sanitäts-Nährwieback etc.

H. Scheiben- u. Schleuderhönig
empfeht Lehrer **Kuntzsch, Karstr. 7 II. Hatt.**

Kieler Fisch-Halle, Windberg 7.
Wieder frisch eingetroffen
Blutfrische grüne Heringe,
die letzten,
Schellfische zum Braten u. Kochen.
Alles andere wie bekannt.

Nur echte
Henkel's Bleich Soda
Garantirt chlorfrei
gibt u. hält blendend weisse Wäsche

Bitterfelder Vieh-Versicherung.
Die Bitterfelder Vieh-Versicherung, welche seit 1. Januar 1907 auf Herrn **Hermann Becher, Bitterfelder, übergegangen.**

Glasversicherung „Sammonia“
mäßige Prämienliste, schnellste und vollständigste Schäden-Vergütung. Vertreten durch
G. Weber,
Glasermeister.

Stadt-Wa. von **Akademie Friedberg**
bei Frankfurt a. M.
Polymechanisches Institut für Maschinen- u. Elektroingenieure, Bau-Ingenieure und Architekten.

Bauern-Berein Merseburg und Umgegend.
Berjammlung
Donnerstag den 28. Febr. 1907, nachmittags 3 Uhr,
im „Ziboll“.

Tagesordnung:
1. Geschäftliche Mitteilungen.
2. Vortrag: „Wirtschaftliche Tagesfragen“. Referent: Herr Dr. Reuber v. Siedowhausen, Beamter der Landwirtschaftskammer zu Halle a. S.
3. Verhandlung zur Prämiation neuer Dienstboten.
4. Anträge und Wünsche.
Zu dieser Versammlung laden wir unsere Mitglieder hierdurch ergebenst ein und bitten um recht zahlreiches Erscheinen. — Die gestehenen Bibliotheksblätter sind zwecks Revision der Bibliothek zurückzugeben.
Der Vorstand.

Großes Preisstücken
der priv.
Bürger-Scheiden-Schützen-Gilde.
Bom 28. Februar bis 4. März cr. findet im „Neuen Schützenhaus“ auf unserem Winterstüchplatz ein

großes Preisstücken
mit Zimmerungen statt, wozu wir Freunde der Schießsporte (auch Nichtmitglieder) hierdurch einladen. Das Schießen beginnt an den Wochentagen abends 7 Uhr, am Sonntag nachmittags 4 Uhr.
Bedingungen hängen im Lokale aus.
Gewehr und Munition stehen zur Verfügung. Eigene Gewehre können benutzt werden.
Die Schützenliste.
Der Merseburger Landw.-Berein beschließt zum Besten für hilfbedürftige Kameraden, wie alljährlich, einen
Theater-Abend

zu veranstalten, welcher am **Sonntag den 3. März d. J., abends 8 Uhr,** im „Ziboll“ stattfinden wird.
Zur Aufführung gelangt:
Das Stiftungsfest.
Schauspiel in 3 Akten von G. v. Moser.
Freunde und Gönner des Vereines werden hierzu ganz ergebenst eingeladen.
Billets für Nichtmitglieder sowie für Mitglieder und deren Angehörige sind zu haben bei Kamerad **Lemnis, Häckerstraße 8.**
Nach der Aufführung findet ein
Tänchen
Das Direktorium.

Der Merseburger Landw.-Berein beschließt zum Besten für hilfbedürftige Kameraden, wie alljährlich, einen Theater-Abend

Korsett-Reparaturen sofort billig!



Anfertigung nach Maß oder Probekorsett.
Bernhard Häni, Korsettfabrik,
 Fernruf 2795. Halle a. S. Schmeerstraße 2.
 Größtes und größtes Korsett-Spezial-Geschäft der Provinz.

Korsetts kauft man am vorteilhaftesten nur im Spezial-Geschäft.
Tadelloser Sitz! Größte Auswahl!

Damen-Korsetts von Mk. 1.10 an. **Souffrmanden-Korsetts** v. Mk. 1.00 an.
Kinderkorsetts von 75 Pf. an. **Teufels-Leibbinden** von 1.50 Mk an in größter Auswahl.
Umhängekorsetts, Dr. Jägers Woll-Gesundheits-Korsetts, Reformierender Korsettsfabrik „Johanna“, „Diana“, Eüllkorsetts, Hüftenhalter, Satiskorsetts, Patistische Gerodhalter.
 Ausgehungen besonderer Schultern und Hüften.
Unterarmen, Korsettschoner, Strumpfhalter, Holzwolkebinden u. Gürtel.
Waschbare Monatsbinden a 50 Pf. und 75 Pf. **Gartmanns Gef.-Binden** a Dgd. von 75 Pf. an.
 Bei Abnahme von 5-12 Dgd. Monatsbinden 5 bis 20 Proz. Preisermäßigung.

Sehen Mittwoch Korsettschäfte.

„Die Notbremse“.
 Aufführung am 3. März durch den **Gesellschaftsverein „Euterpia“.**
 Alleiniges Ausführungsrecht i. Merseburg.

Kaiser-Wilhelms-Halle.
Welt-Panorama.
 Hochinteressante Wanderung durch **Batavia, Wonokromo, Malabar.**

Java,
 einen Kontorlehrling stellt ein **A. Böttcher, Zimmermeister, Gutenbergstraße 6.**

Zwei Lehrlinge sucht ein **Stein- und Bildhauer Bielig & Müller.**
 einen Lehrling sucht zu Oftern **Bruno Kathe, Klempnermeister, Bedenungen a. d. Straße.**
 Suche zum 1. April einen **Hausburschen,** welcher Oftern die Schule verläßt. **Gustav Engel.**
 Die Gemeinde **Böden** sucht zum 1. April einen **Schäfer,** der die Nachtwache und das Wänschäten mit übernimmt. **Der Gemeindeverwand.**

„Die Notbremse“.
 Aufführung am 3. März durch den **Gesellschaftsverein „Euterpia“.**
 Alleiniges Ausführungsrecht i. Merseburg.

Empfehle beideren **bürgerlichen Mittagstisch** zu 75 Pf. **Schmeerstraße 1 e. parterre.**

Sobenzollern.
 Deute Mittwoch selbstgebackene Spritzkuchen. Es ladet freundlich ein **Ed. Simon.**

Dieters Restauration.
 Mittwoch **Schlachtefest.**

Goldne Angel.
 Mittwoch **Schlachtefest.**

Brenkischer Adler
 Mittwoch **Schlachtefest.**

frische hausflacht. Burell.
G. Fischer, Weissenfellerstr. 23.

hausflachtene Burell.
C. Tausch.

hausflachtene Burell.
Friederike Vogel, Hofmarkt 9.

Reelles Heiratsgefuß.
 Erbschamer tüchtiger Bäder, Anfang 40er, sucht auf diesem Wege, da es ihm an näherer Damenbekanntschaft fehlt, ein Mädchen oder Witwe ohne Kind im Alter von 30-40 Jahren behufs Verheiratung. Da sich dasselbe selbstständig machen will, so wäre ein Vermögen von circa 3000 Mark erforderlich. Agenten werden. Entgegenkommene Offerten wolle man unter Couvert 20 postlagernd Mühlbeck bei Bitterfeld senden.

Junger Mann, welcher 4 1/2 Jahr in Reichsanwaltschafts-Bureau tätig gewesen ist, mit Klage- u. Wahlreden, Zahlungs-Befehlen, Korrespondenz etc. vertraut, vertritt auf Schreibmaschin., in der einf. u. doppelt. Buchf. heim. sucht per 1. April event. später Stellung. Offerten unter „Vuchführung“ an die Exped. d. Bl.

Ein **Frankenmeister** sucht Stellung als **Diener** bei einem Herrn. Offerten unter **E H 78** postlagernd Bad Sulza erbeten.

Ein **Bädergehilfe** sucht Stellung. Offerten unter **E H 29** postlagernd Bad Sulza erbeten.

„Die Notbremse“.
 Aufführung am 3. März durch den **Gesellschaftsverein „Euterpia“.**
 Alleiniges Ausführungsrecht i. Merseburg.

Für Neuanmeldungen von Hausanschlüssen an die vorhandenen Leitungen des Elektrizitätswerks Merseburg wird der Preis des elektrischen Stromes ab 1. März 1907 wie folgt festgesetzt:

a) Für Lichtanlagen
 60 Pf. pro Kilowattstunde für die ersten 300 Benutzungsstunden pro angeschlossenes Kilowatt und Jahr, 40 Pf. pro Kilowattstunde für die weitere Stromabgabe innerhalb desselben Jahres.

b) Für Kraftanlagen:
 20 Pf. pro Kilowattstunde. Bei Stromabgabe außerhalb der Dunkelstunden treten Rabatte nach Vereinbarung ein.
Elektrische Straßenbahn Halle-Merseburg.
Elektrizitätswerk Merseburg.

Vorteilhaftes Angebot.
 Einen großen Posten **reinv. Lamas, Panamas und Flanelle** verkaufe, um möglichst viel zu gewinnen, zu sehr billigen Preisen aus **feiner verschiedenfarbiger engl. Cüllgardinen in crem und weiß, Zitragenschiff, Cüllgedez, nur beste Qualitäten, bedeutend unterm Wertpreis.**
 Per Kassa 7 Prozent Rabatt in bar. **A. Günther, Markt 17/18.**

Helios-Bad Merseburg.
 Weißensefelerstr. 3, I, am Gottthardsteid, behandelt durch Lichtbäder, Strahlungen, Massagen, Elektrizität **Rheumatismus, Ischias, Blutstodungen, Gefäßungen, Haut- und andere Leiden.**
 Kostpunkt frei. Auch für Damen täglich offen, Sonntags bis 1 Uhr.

Poetzsch-Kaffee mit dem **Staats-Preis**
 in 1/4, 1/2 und 3/4 Pfd. Originalpackung zu: 100-120-140-160-180-200 Pfg. das Pfd.
 aus der Grosskaffee-Rösterei von **Richard Poetzsch, Hoflieferant, Leipzig,** deren hervorragend feine und erziehbige Qualitäten allgemein bekannt und beliebt sind, ist stets frisch erhältlich in Merseburg bei: **Paul Elkner, Konditorei, Herrn. Emanuel, Neumarkt-Drog., in Oberheuna bei: A. Thormann, Kolonialw.**

In großer Auswahl sind wieder prima belgischen, dänische Pferde eingetroffen.
Gebr. Strehl.
 Telefon 20.

Bürgergarten.
 (Neues Schützenhaus.)
 Donnerstag **Schlachtefest.**
 Mittwoch abend **Stauwerk.**
J. Quellmalz.

Sucht **Einen Lehrling** **W. Wittenbecher, Handelsgärtner.**
 Sucht zu Oftern **Einen Lehrling** **Albert Schaaf, Bädermeister, Breitenstraße 11.**

Arbeiter sucht im Papierzählen findet dauernde Stellung. **Buntpapierfabrik. Knaben und Mädchen,** welche die Schule verlassen, sucht **Otto Schulz, Halleischestraße 13.**
Suche schön, Land- und Stadtmirtschalterin, Wirtlerin, Zimmermädchen, Haus-, Küchen-, Wasche- und Bleichmädchen, Knechte b. hoh. Lohn. **Anna Reichmann, Stellenvermittl., Halle a. S., Bachstraße 6, Tel. 30/22.**
 Ein ordentliches erliches **Dienstmädchen** wird für den 1. April gesucht. **C. Louis Zimmermann, Burgstraße 15.**
Tüchtiges Mädchen für Küche und Hausarbeit zum 1. April gesucht **Gallischestr. 5 II, Omnibus-Verkehrsstraße.**
 Gesucht zum 1. April ein **tüchtiges Mädchen,** welches Kochen kann und Hausarbeit übernimmt. **Frau Geheimrat Jomann, Karlistraße 18.**
Ein junges Mädchen morgens zum Büchsentragen gesucht **Gottthardstraße 26.**
Ein jüngeres Mädchen, oder solches, welches Oftern die Schule verläßt, sucht **T. Wittenbecher, Neumarktstr. 1.**
Junges Dienstmädchen, oder solches welches Oftern die Schule verläßt, gesucht. **Schumann, Dom 1, Laden.**
 Suche zum 1. März bis 1. April ein junges Mädchen oder unabhängige Frau als **Aufwartung.**
 Zu erfragen **Gutenberg 8, im Laden.**

Verloren wurde ein großes schwarz-wollenes gefädeltes Tuch Sonnabend abend auf dem Wege vom Bahnhof nach der Döbereinberg. Bitte abzugeben **Döbereinberg 22.**
Eine Pferddecke von Kampha bis Wölschen verloren gegangen. Oftern Belohnung abzugeben im Bahngäßchen zu **Börsch.**

„Die Notbremse“.
 Aufführung am 3. März durch den **Gesellschaftsverein „Euterpia“.**
 Alleiniges Ausführungsrecht i. Merseburg.
 Hierzu eine **Teilgabe.**

Für den Monat März werden noch Bestimmungen auf unsern

„Merseburger Correspondent“ von allen Postanstalten und Briefträgern, sowie unseren Ausrägern entgegen genommen. Die Expedition.

Deutschland.

(Die sozialdemokratischen Revisionisten) suchen das Mißtrauen, das sie bei den orthodoxen Marxisten wegen ihrer theoretischen Regereien haben, dadurch abzufschwächen, daß sie in der Praxis sich einer Tonart bedienen, die oft noch vielfach über den Sanktboten der radikalen Sozialisten hinausgeht. Das konnte man bei der Wahlbewegung beispielsweise im Wahlkreise Zittau bemerken, wo die Freimüthigen gegen den Revisionisten Edmund Fischer zu kämpfen hatten. Neuerdings hat auch Reus, der bisherige Vertreter für Brandenburg-Westhavelland im Reichstag, wieder einmal gezeigt, daß er in schmerzlicher Polemik hinter seinem der gestimmungsgünstigsten Genossen zurücksteht. Er hat es dieser Tage im arbeitslosen Landtage zu großen Stundalagen gebracht. Die eigentliche Veranlassung dazu lieferte der Umstand, daß Reus bei der letzten Reichstagswahl einem Nationalliberalen unterlegen ist, und zwar zum großen Teil durch die Bemühungen des Führers der Freimüthigen Dr. Cohn. Als nun Cohn am Montag im Landtage auf eine Rede des Abg. Reus erwiderte, nannte ihn dieser in einem Zwischenruf „Clown“. Die Folge war ein Ordnungsruf. In der fortgesetzten Debatte warf er seinem Gegner die Worte „vollendeter Lump“ entgegen, und dies deswegen, weil Dr. Cohn ihm vorgehalten hätte, daß er gleich anderen Revisionisten zu Dresden vor den Obergenossen zu Kreuze gezogen sei. Dafür wurde Reus ein zweiter Ordnungsruf zu Teil. Der dritte erteilte ihm, als er in seiner Erwiderungsrede von den „infamen“ Angriffen Cohns sprach.

(Anarchisten und Sozialdemokraten.) Bei den Hausdurchsuchungen der letzten Tage in Berlin sind, wie die Anarchisten behaupten, nicht 15000, sondern nur 1200 antimilitaristische Schriften gefunden worden. Der „Vorwärts“ hatte durchblicken lassen, daß diese Schriften mit Polzeigeld hergestellt worden seien. Der anarchisistische „Freie Arbeiter“ ist darüber auf das Höchste aufgebracht; in seiner Wut schreibt er u. a.: „Es ist das eine so hundertfältige Verleumdung, daß wir sie hier nur festhalten wollen. Widerlegen brauchen wir sie nicht. Jene beschlagnahmte Broschüre ist kein Polzeigeldwerk, wenn wir auch nicht wissen, wo und wie sie hergestellt ist. Das aber wissen wir, daß es eine bodenlose Gemeinheit ist, Männer, welche die unbedingt notwendige antimilitaristische Propaganda unter Einsetzung ihrer Freiheit in Deutschland betreiben wollen, als Polzeihandlanger hinzustellen.“

Volkswirtschaftliches.

(Gewährung von Erholungsurlaub an die Arbeiter in den militärischen Bezirken.) Durch eine Verfügung des Kriegsministeriums sind die Betriebe der deutschen Kreisverwaltung, u. a. also die Proviantämter, die Armeekonfektionsfabrik, die Bekleidungsämter und die Lazarettverwaltungen angewiesen, den bei ihnen dauernd beschäftigten Arbeitern künftighin unter Fortzahlung des Lohnes alljährlich einen Erholungsurlaub zu bewilligen. Für Arbeiter, die 7 Jahre lang in Betrieben beschäftigt sind, soll dieser Urlaub 4 Tage, für die 10 Jahre und länger Beschäftigten 7 Tage betragen. Bei der Armeekonfektionsfabrik hat diese Bestimmung nur für jene Arbeiter Gültigkeit, die das ganze Jahr beschäftigt sind. Ohne Führung und befriedigende Leistungen sind natürlich die Vorbereitungen für diese Vergünstigung. Auch soll der Urlaub möglichst in die geschäftsfreie Zeit verlegt werden, damit im allgemeinen keine Ersatzarbeiter eingestellt werden brauchen. — Befreiung von Dienst wegen Krankheit und aus anderen Gründen, sowie Arbeitverweigerung wegen persönlicher Verhältnisse sollen auf diesen Urlaub im allgemeinen nicht in Anrechnung gebracht werden. Die Betriebsleiter haben in solchen Fällen die Verhältnisse genau zu prüfen.

Provinz und Umgegend.

† Weiskensfeld, 25. Febr. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß die Errichtung von Liegehallen im Städtischen Krankenhaus zur Durchführung von Beobachtungs- und Vorbeugungsmaß-

regeln für Tuberkulose. Ferner genehmigte sie einen Magistratsantrag auf Ankauf eines 21 Morgen großen Grundstückes durch die Stadt auf der Südwestseite der Altstadt zwischen der Naumburger Chaussee und der Zeiger Eisenbahnlinie. Der Morgen kostet 1500 M. † Torgau, 25. Febr. Schon seit längerer Zeit hat es sich darum gehandelt, das Schloß Hartenfels aus dem Besitz des Reichsmilitäriskus auscheiden und dasselbe in die preussische Staatsverwaltung übergeben zu lassen. Die Lösung ist nunmehr nach der „Holl. Zig.“ insofern gefunden, als in dem gedachten Schloße mit möglicher Beschleunigung ein staatliches Lehrerseminar eingerichtet werden soll. Der Staat ist bereit, für den dadurch erforderlich werdenden Umbau des Schloßes bedeutende Mittel aufzuwenden. Aber auch Städte- sowie Kreisverwaltung werden mit einer einmaligen Beitragsgeldleistung von insgesamt 150000 Mark zu rechnen haben, und zwar entfallen auf die Stadt Torgau selbst 100000 M., auf den Kreis Torgau 50000 M. Wie die Staatsverwaltung noch mitteilt, dürfte die Verwirklichung des Projektes im Jahre 1910 erfolgen.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 27. Februar 1907.

□ Der Dom-Männer-Verein hielt am Montag in „Müllers Hotel“ seine Februarversammlung ab, die gut besucht war. Herr Superint. Vikhorn sprach über das Thema „Die Entwicklung eines modernen Menschen“ im Anschluß an den Roman „Der Mitter“ von W. Miksa Stahn. Unserer Zeit ist ein Streben nach persönlichem Leben eigen. Auch dieser Roman ist ein Produkt dieser Kulturströmung. Er schildert den inneren Werdegang eines jungen Theologen, doch wird nicht nur speziell Theologisches geboten, sondern was hier gezeigt wird, muß jeder durchkämpfen; die Frage nach der Wahrheit, nach einer geschlossenen Weltanschauung muß jedem am Herzen liegen. Es folgte nun eine ziemlich eingehende Darstellung der Entwicklung des Helden, die hier nur skizziert werden kann. Am Ende ist ein Bakorenssohn. Die Jugendzeit schildert ein Jholl in einer Kleinstadt, die alte Zeit und Menschen, die dieser alten Zeit angehören. Der Vater, eine Patriarchengestalt, steht auf streng dogmatischem Boden. Am Ende, solange er im Vaterhause weilt, seine Anschauungen. Es treten zwar schon bei und da gewisse Erschütterungen ein, sie können ihn aber nicht von dem Entschlusse abbringen, Theologie zu studieren. Er bezieht die Unversität, und das Resultat seiner Entwicklung nach dem ersten Semester ist, daß er sich mit dem Gedanken trägt umzusetzen. Sein Wesen ist umgewandelt. Die in sich geschlossene Weltanschauung ist von Grund aus zerrüttet. Auch in seinen sozialen Anschauungen ist er nicht mehr der Sohn seines Vaters. Dieser kann die neue Zeit, wie sie sich in seinem Sohne verkörpert, nicht mehr ertragen, sein Herz bricht. Diese Erschütterung wird für Amos Entwicklung sehr wichtig. Er bleibt bei der Kirche, wird Hilfsprediger eines berühmten Kanzelredners in einer Großstadt, nimmt jedoch ein Pfarramt nicht an, weil er sich innerlich noch gereinigen will. Aber auch die reine negative Kritik, die er als Mitarbeiter des „Simplex“ treibt, befriedigt ihn nicht. Er fängt sich in kunsthistorische Studien, geht nach Rom, gerät beinahe in die Netze des Schulenpaters Ambrosius, reißt sich noch im letzten Moment, kehrt nach Berlin zurück und trägt sich bereits mit Selbstmordgedanken. Da geht ihm in der reinen Atmosphäre des Hauses eines jungen Freundes ein neues Leben auf. Die Liebe zu anderen Menschen, die ihm bis jetzt gefehlt hat, erwacht. Frau Martha, die Mutter seines Freundes, regt ihn zur Arbeit an. Er wird Haushälter eines Knaben, und dieser, sein Schüler, wird sein Mitter. Wie er dies Kind zum Heiligen geführt hat, so will er weiter der Menschheit dienen und tritt ins Pfarramt ein. So zeigt der Roman, wie das junge Geschlecht vielfach andere Bahnen geht als die Väter. Den Alten aber soll darum nicht das Herz brechen, sondern entweder sollen sie mit aller guten Entwicklung weiter-schreiten, oder, wenn sie das nicht können, dann müssen sie wenigstens weitzugig sein. Die Jugend aber muß in ihrem Streben ernst sein. Nur Wahrheit gegen sich selbst kann die Persönlichkeit ent-falten. — In der Besprechung betonte Herr Direktor Schulte zunächst die Bedeutung, die das erlöschende Moment für die Entwicklung des Charakters des Helden hat und würdige noch mehr den Charakter des Vaters, während Herr Berger das rechte Verhältnis des Vaters zum heranwachsenden Sohne erörterte und zeigte, wie die Autorität sich allmählich umwandeln mußte in Freundschaft. Der Herr

Referent führte diese Gedanken in seinem Schlußworte noch weiter aus und zeigte, daß Glaube und Vertrauen die Grundlage des Verhältnisses zwischen Vater und Sohn bilden müsse.

Seinen 80. Geburtstag konnte gestern unser Müßbürger Herr Kantor emer. Friedrich Wilhelm Hedler in voller geistiger und körperlicher Frische feiern. Herr Hedler war früher lange Jahre als 1. Lehrer und Küster in Frankleben tätig. Nach seiner Pensionierung siedelte er nach Merseburg über. Bei der allgemeinen Werkschätzung, deren er sich erfreut, werden ihm gewiß viele Glückwünsche zugegangen sein, denen auch wir uns gern anschließen. Möge es dem Achtzigjährigen noch recht lange vergönnt sein, in Frische und Gesundheit seinen Lebensabend zu genießen.

Das hier garnisonierende Bataillon der 36 er kält in dieser Woche täglich von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags westlich von Merseburg gegen den Rothbügel zu Schießübungen mit scharfer Munition ab. Die in das Gelände führenden Wege werden mit Militärposten besetzt, deren Anordnungen seitens des Publikums im Interesse der eigenen Sicherheit Folge zu leisten ist.

Die Firma Gebr. Dietrich hier übernimmt der freiwilligen Feuerwehr für die schnelle Hilfeleistung bei dem letzten Brande in der Königsmühle ein Geschenk in Höhe von 150 M. Die Summe gelangte unter die Kompagnien zur Verteilung, so daß jede 50 M. erhielt.

Wie uns von befreundeter Seite mitgeteilt wird, ist am Montag der zwischen Kia und Weße Wauer liegende Teil der Richterschen Handelsgärtnerei an eine hiesige Baufirma verkauft worden. Bekanntlich ist durch dieses Grundstück eine Verbindungsstraße nach der Unteraltenburg projektiert. Die Baufirma will nun, nachdem die Straße freigegeben worden ist, auf dem angekauften Gelände vier Einzelwohnhäuser errichten, was mit Rücksicht auf die vortreffliche Lage mit Freuden begrüßt werden dürfte. Da auch in der letzten Stadterordneten-sitzung auf die projektierte Straße wiederholt hingewiesen und diese als wichtige Verkehrsstraße bezeichnet wurde, so steht wohl zu erwarten, daß die Anlegung nicht lange mehr auf sich warten lassen wird.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 25. Februar 1907.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung macht der Stadtverordneten-Vorsteher Justizrat Vaege folgende Mitteilungen: a) Der Magistrat teilt mit, daß sich die Firma G. W. Jul. Blande u. Co. hier mit dem Morgenrotischen Erben betr. des Ankaufs von Gelände für die Verlängerung der Wiemardstraße bis zum Schwarzen Weg zum Preise von 4,50 Mk. pro Quadratmeter verständigt hat. Der Magistrat hat nunmehr beschlossen, den Ankauf zu diesem Preise vorzunehmen und dann mit dem Aukteur der neuen Straße zu beginnen, deren Kosten bekanntlich von der Firma zurückzuerstatten werden. b) Der Magistrat teilt ferner mit, daß der Erbauungs- und Vermietungsvertrag über das Lehrerseminar nunmehr unterm 19. Januar 1907 vom Minister genehmigt worden ist. Der Vorsteher berichtet im Anschluß daran noch ausgedehnter über den Vertrag, der mit dem Kreisbauinspektor Vaege, der bekanntlich die Bauleitung übernehmen soll, während die Oberleitung die Regierung ausübt, abgeschlossen worden ist. Der Kreisbauinspektor übernimmt die Leitung im weitesten Sinne; die Obliegenheiten sind genau festgelegt. Der Bau ist bis zum 1. April 1909 zu vollenden. Die Vergütung des Kreisbauinspektors wird auf 4 Proz. der Baukosten festgesetzt und zwar von der Summe, die vom Magistrat anerkannt worden ist. Ob die einzelnen Bauausführungen freibleibig oder auf dem Wege des Wettbewerbes vergeben werden, bestimmt lediglich der Magistrat, ebenso die Erteilung des Auftrags. Besonders erwähnt ist in dem Vertrage noch, daß bei den Bauausführungen vornehmlich nur hiesige Gewerbetreibende berücksichtigt werden sollen. Der letzte Teil des Vertrages enthält die Bestimmungen betr. der Erhebung evtl. vorkommender Streitfälle und der Stellvertreter bei Verhinderung des Kreisbauinspektors infolge Krankheit oder Befreiung. — c) Die Rechnungs-Prüfungs-Kommission teilt mit, daß sie zu ihrem Vorsitzenden den Stadtr. Thiele und zum Schriftführer den Stadtr. Heyne gewählt hat. — Hierauf wird die Tagesordnung wie folgt erledigt:

1. Genehmigung des Ortsrats betr. das Kaufmannsgericht und des Ortsrats betr. das Gewerbegericht; Ergänzung des Hausbauplans der Kammerstraße. Vergrößerter Stadtr. Scholz. Nach dem Besetz ist die Einrichtung eines

Gemeinde- und Kaufmannsgerichtes nötig. Eine Kommission, die diesbezüglich eingeleitet worden war, hat sich mit dem betr. Distrikt beschäftigt, das vom Stadtrat Dietrich an der Hand eines Musterplans ausgearbeitet, umgeändert bzw. gefügt worden ist. Der Berichterstatter trägt hierauf die wichtigsten Punkte vor. Danach besteht das Gewerbegericht aus 1 Vorsitzenden, 1 Stellvertreter und 14 Beisitzern. Die Beisitzer werden auf eine vierjährige Periode gewählt und zwar durch die Verhältniswahl. Das Wahlverfahren wird von einem Wahlausschuss geleitet. Für jeden Wähler, der das 25. Lebensjahr vollendet haben muß, besteht die Anmeldepflicht, widrigenfalls er sein Wahlrecht nicht ausüben kann. Die Namen der zu wählenden Beisitzer werden auf die Vorschlagslisten gesetzt, so daß dann jeder Wähler einen Beisitzer namhaft wählen muß. Von der Einführung der Listenwahl wurde Abstand genommen, um auch den weniger starken Berufsgruppen gerecht zu werden. Die 14 Beisitzer rekrutieren sich je zur Hälfte aus den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Drei Wochen vor dem Termin wird die vorzunehmende Wahl sowie auch eine Kandidatenliste in den beiden hiesigen Zeitungen bekannt gegeben. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. Die Feststellung des Wahlergebnisses wie auch die Zusammensetzung des Gewerbegerichts wird ebenfalls öffentlich bekannt gegeben. Proteste gegen die Wahl eines Beisitzers entscheidet der Bezirks-Ausschuss, während Pflichtverletzungen von Beisitzern vom Landgericht entschieden werden. Als Ersatzmaßnahme für jeden Beisitzer pro Sitzung sind 2 Mark festgesetzt. Die Einrichtung der Bureauräume usw. muß seitens der Stadt erfolgen. An Gehältern werden erhoben bei einem Streitgegenstand in Höhe von 20 Mark 1 Mark, 20—50 Mark 1,50 Mark, 50—100 Mark 2 Mark, je 300 Mark 3 Mark bis zur Höchstgebühr von 30 Mk. Bei Vergleichen wird keine Gebühr erhoben. Das Gewerbegericht kann auch als Einigungsamt angerufen werden. Es ist ferner verpflichtet, von Staat und Kommune verlangte Gutachten über gemeinliche Fragen abzugeben, aber auch berechtigt, Anträge zu stellen und Plussicht auszuüben. Das Kaufmannsgericht ist gleichartig geordnet, nur sind hier bloß 10 Beisitzer vorgesehen. Die Wahl erfolgt ebenfalls durch die Verhältniswahl auf eine 4-jährige Periode. Auch das Kaufmannsgericht kann als Einigungsamt angerufen werden und ist verpflichtet, Gutachten, wie oben bereits erwähnt, abzugeben. An Unterhaltungslokalen sind eingestellt: Geschäftshaus an Beisitzer 90 Mk., Zeugengebühren 15 Mk., Bekannmachungen, Druckkosten 60 Mk., Zeitungsstellen etc. 25 Mk., insgesamt 190 Mk. jährlich. Kosten für den Betrieb usw. entstehen nicht. Ein Gehalt wird für Beisitzer 70 Mk. eingestellt, so daß die Stadt jährlich 120 Mk. aufzubringen hätte. Der Magistrat hat sich mit dem Kommissionsvorschlag einverstanden erklärt und beantragt die Erneuerung der Statuten, sowie die Einnahme und Ausgabe in den Haushaltsplan einzustellen. In der Debatte ersucht Stadtrat Dietrich die Kommission, die Statuten der Wahl, es bei dem Magistratsvorschlag zu belassen. Auf eine Anfrage des Stadts. Witte, ob die Listenwahl überbaubar notwendig sei, erwidert Stadtrat Dietrich, daß dies mit Rücksicht auf die sonst unvermeidliche Stimmenzersetzung in der vorgeschlagenen Fassung erforderlich sei. Hierauf wird die Magistratsvorlage angenommen.

2. Erhöhung der pensionsberechtigten Zulage der Mittelschullehrer an der höheren Mädchenschule. Berichterstatter Stadts. Regold. Infolge Kündigung des Mittelschullehrers Bauer ist eine Mittelschullehrerstelle neu zu besetzen. Auf die wiederholte Ausschreibung der Stelle hat sich aber kein Bewerber gemeldet, da diese zu gering befunden ist. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, die pensionsberechtigten Zulage von 200 Mk. auf 500 Mk. zu erhöhen. Obwohl, wie der Berichterstatter in der Begründung besonders bemerkt, der Sprung etwas hoch sei, so sei doch die Zulage in anderen Städten die allgemein übliche. Weiter hebt Stadts. Regold noch hervor, daß infolge der Annahme dieses Magistratsvorschlags den später anzustellenden Mittelschullehrern dieselbe Zulage zu gewähren ist. Stadts. Grempler empfiehlt die Annahme des Antrages, da der Grundgehalt für Mittelschullehrer im Verhältnis zu anderen Städten nicht aus dem üblichen Rahmen herausrückt. Bürgermeister Robbe erklärt, daß die Erhöhung der Zulage nur für die angegebene Stelle beantragt sei. Die Erhöhung wird bewilligt.

3. Gestattung von Fenstern in einem Neubau

nach der KfA. Auf Antrag des Berichterstatters Stadts. Richter wird für die Gestattung von 8 Fenstern nach der KfA in dem Neubau des Maurermeisters Günther in der Essnerstraße eine jährliche Anerkennungsgeld von 1 Mk. festgesetzt.

4. Abänderung des Bebauungsplans für das Gelände zwischen Eisenbahn, Lindenstraße, Weiße Mauer und Gerichtsrain. Berichterstatter Stadts. Scholz. Infolge der Herstellung der Eisenbahnunterführung an der Halleckenstraße und der teilweisen Verlegung der Halleckenstraße hat sich eine Abänderung des dortigen Bebauungsplans notwendig gemacht. Bei dieser Gelegenheit ist gleichzeitig der Bebauungsplan des ganzen Geländes zwischen Eisenbahn und der Weißen Mauer einer Revision unterzogen worden. Die hierfür eingesetzte Kommission macht folgende Vorschläge: Infolge der Verlegung der Halleckenstraße nach Osten soll die Baufluchtlinie in der Richtung des Straßenrechts Grundstückes fortgeführt werden und zwar mit 5 m breiten Vorgärten. Längs der Eisenbahn soll eine neue Straße geführt werden mit der Front nach dem Eisenbahnrampe. Auch diese Straße ist wie die verlegte Halleckenstraße in einer Breite von 15 m und mit 5 m breiten Vorgärten vorgesehen. Die Einwendungen der Kommission, diese Festsetzung sei nicht praktisch, weist der Berichterstatter als nicht haltbar zurück. Vorgegeben sind weiter bis zur Weißen Mauer 2 Straßen von je 10 m Breite mit 4 m breiten beiderseitigen Vorgärten, parallel mit der Weißen Mauer nur 1 Straße von 10 m Breite mit 4 m breiten beiderseitigen Vorgärten. Mit Rücksicht darauf, daß die Christinenstraße infolge der projektierten Verlängerung nach der Unteraltersburg ein wichtiger Verkehrsweg werden wird, soll diese bis zur Eisenbahnunterführung, wo die Straße einmündet, eine Breite von 15 m ohne Vorgärten erhalten. Trotzdem der bereits jetzt schon bestehende und bebauter Teil der Christinenstraße nur 10 m breit ist, soll der Bebauungsplan auch für diesen Teil auf 15 m Breite festgesetzt werden. Der Magistrat ist diesem Kommissionsbeschlusse nicht beigetreten, sondern empfiehlt, daß dieser bestehende Teil der Straße in der Breite von 10 m weiter ausgebaut und der nördliche Teil der Straße auf 12 1/2 m verbreitert wird. Die Kommission will dagegen die Breite der Christinenstraße einheitlich auf 15 m festsetzen. Ueber diesen Punkt entwickelt sich eine lebhaft Debatte. Stadts. Regold äußert sich grundsätzlich gegen die Anlegung von engen Straßen und empfiehlt die Annahme des Kommissionsantrages. Weiter schlägt er vor, daß die Häuser in der Straße nur zweistöckig und villenartig gebaut und die durch das Einrücken der Neubauten sich ergebenden Ecken durch Anbau von Erken verziert werden. Den Standpunkt des Magistrats vertritt Bürgermeister Robbe. Der Magistratsantrag will vermeiden, daß in der Straßenfluchtlinie unschöne Ecken entstehen. Es soll deshalb die südliche — also die bereits bebauter — Hälfte der Christinenstraße in der festgesetzten Breite von 10 m verbleiben, die nördliche Hälfte auf 12 1/2 m verbreitert werden, da mit dieser Breite dem Verkehr vollständig genügt wird. Von dem Vorschlage des Stadts. Regold, die Häuser nur zweistöckig und villenartig bauen zu lassen, bittet Bürgermeister Robbe abzustehen, da dies nur eine Ersparnis für die Bebauung bedeute und von den Bauherren schwer empfunden werden würde. Er empfiehlt die Annahme des Magistratsantrages. Stadts. Grempler kann weder den Magistrats- noch den Kommissionsantrag gutheißen, da dann die Christinenstraße inf. der Verbindungsstraße nach der Unteraltersburg drei verschiedene Straßenbreiten aufweisen würde, nämlich 12 1/2 m (Verbindungsstraße Unteraltersburg-Weiße Mauer), 10 m (jetzt bestehende Christinenstraße) und 15 m (die Verlängerung nach der Eisenbahnunterführung). Um dies zu vermeiden, stellt er den Antrag, den ganzen Straßenzug von der Unteraltersburg bis zur Eisenbahn auf eine gleichmäßige Breite von 12 1/2 m festzusetzen. Gegen den Vorschlag Regold wendet sich auch Stadts. Günther und empfiehlt den Antrag Grempler zur Annahme. Für den Kommissionsbeschlusse und eine einheitliche Festsetzung der Breite auf 15 m tritt Stadts. Stollberg ein. Stadts. Regold begründet nochmals seinen Vorschlag betr. die Einrichtung eines Villenviertels, jetzt aber seinen zweiten Vorschlag über den Anbau der Ecken an den bestehenden Ecken zurück. Den Antrag Stollberg unterstützt Stadts. Witte, da sich schon in hiesiger Beziehung dieser Antrag rechtsfertige. Den jetzt bestehenden Teil der Christinenstraße in der Breite von 10 m bezeichnet er als Schilfbürgerrecht festsetzen, wenn der Magistratsvorschlag angenommen würde. Für den Antrag Grempler tritt ferner auch Stadts. Richter ein; derselbe erweitert den Antrag noch dahin, auch die projektierte Verbindungsstraße von der Christinenstraße parallel der Weißen Mauer nach dem Gerichtsrain statt 10 m auf 12 1/2 m Breite festzusetzen. Stadts. Reidemann unterstützt den Antrag Grempler, während sich Stadts. Regold für den Antrag

Stollberg erklärt. Die Straßenbreite von 12 1/2 m bezeichnete Stadts. Günther als vollausreichend. Wenn jetzt in der Christinenstraße die Häuser so hoch gebaut seien, so liege die Schuld nur an der Polizeiverwaltung, die hier so „for“ vorgegangen sei. Bürgermeister Robbe wandte sich gegen den Antrag Stollberg. Er bezeichnet die Festlegung der Christinenstraße auf 10 m Breite für sehr bedauerlich, aber es sei nun nichts mehr zu ändern. Für die Art der Bebauung, ob Villenviertel oder hohe Wohnhäuser, sei nur die Polizeiverwaltung zuständig; er werde aber künftig die Anlegung des des Stadtvorordneten Günther mehr beachten. Stadts. Thiele empfiehlt den Antrag Grempler zur Annahme, da man hiermit jedem gerecht werde. Nachdem noch Stadts. Scholz der Kommissionsantrag und Stadts. Grempler seinen Antrag zur Annahme empfohlen, wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag Richter, die Verbindungsstraße von der Christinenstraße parallel der Weißen Mauer nach dem Gerichtsrain auf 12 1/2 m festzusetzen, wird abgelehnt. Stadts. Stollberg zieht seinen Antrag zurück. Der Kommissionsantrag, die Christinenstraße von der Weißen Mauer bis zur Eisenbahnunterführung auf 15 m Breite festzusetzen, wird ebenfalls abgelehnt. Der Antrag Grempler, den Straßenzug durchgängig von der Weißen Mauer bis zur Eisenbahnunterführung die Verbindungsstraße Unteraltersburg-Weiße Mauer ist bereits auf 12 1/2 m Breite projektiert) auf 12 1/2 m Breite festzusetzen, wird fast einstimmig angenommen.

4. Ankauf von Gelände zwischen Weissenfesterstraße und Güterbahnhof. Berichterstatter Stadts. Gert. Die Firma Carl Berger hier hatte der Stadt das Gelände am Güterbahnhof, das begrenzt wird im Osten von der Weissenfesterstraße, im Süden von dem Weidingschen und Wierschen Pläne, im Westen vom Güterbahnhof und im Norden von einem 30 m breiten Landstreifen, zum Ankauf angeboten. Der Preis pro Quadratmeter soll 2 Mk. betragen. Die Stadtbaumeister und die Baudeputation haben sich mit diesem Angebot beschäftigt und sind dabei zu dem Entschlusse gekommen, den Ankauf des Geländes zu beschleunigen und dieses evtl. zur Errichtung des hiesigen Schlachthofes und des Elektrizitätswerkes zu benutzen. Ferner wurde noch beantragt, den 30 m breiten Landstreifen ebenfalls in den Kauf mit einzuschließen. Die Firma hat sich auch sofort bereit erklärt, diesen Streifen ebenfalls zum Preise von 2 Mk. pro Quadratmeter abzugeben. Der Magistrat stellt nunmehr den Antrag, das ganze Gelände, das 2 ha 74 a 79 qm groß ist, zum Preise von insgesamt 55 000 Mk. anzukaufen. Der Antrag wird damit begründet, daß der Preis ein ungemein billiger ist und sich das Gelände vorzüglich als Baugrund für gewerbliche Zwecke eignet, das durch Anschlußgleise an den Güterbahnhof noch vorteilhafter ausgenutzt werden kann. In der sich anschließenden Debatte äußert Stadts. Regold Bedenken gegen die geplante Errichtung des Schlachthofes infolge der Nähe der Infanterie-Kaserne. Stadts. Frauereim findet den Preis etwas hoch. Er beantragt deshalb Verzung und Abflerung des Planes durch das Stadtbaumeister, damit sich jeder Stadtvorordnete von der Lage des Planes persönlich überzeugen könne. Diesen Ausführungen schließt sich Stadts. Richter ebenfalls an. Stadts. Günther unterstützt den Magistratsantrag und bezeichnet den Preis als sehr billig. Die Baudeputation und der Magistrat haben sehr weise gehandelt, daß sie sich zu dem Ankauf entschlossen haben. Ferner hebt er noch das große Entgegenkommen und das Wohlwollen der Firma C. Berger der Stadt gegenüber hervor, so daß wertvolles Baugrund in die Stadt zu dem billigen Preise abzugeben. Stadts. Stollberg und Scholz empfehlen ebenfalls den Magistratsantrag, während die Stadts. Frauereim und Schmidt aus praktischen Gründen für eine Vertagung eintreten. Stadts. Thiele befürchtet, daß infolge der Vertagung die Firma von ihrem Angebot zurückziehe; er empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage. Gegen die vom Stadts. Schmidt geäußerten Bedenken, die Projekte betr. des Schlachthofes und des Elektrizitätswerkes seien nur vorgezogen, um den Ankauf zu beschleunigen, bemerkt Bürgermeister Robbe, daß diese doch nicht mehr in nebelgrauer Ferne liegen, sondern in einigen Jahren festgelegt werden müssen. Die Werke sollen dann selbstverständlich nicht direkt an der Straße, sondern im Hintergelände errichtet und eventl. mit einer Maschinenanlage versehen werden. Das Kapital für den Ankauf ist zum größten Teil vorhanden. Von den 95 000 Mk. für das an den Fiskus verkaufte Gelände zum Güterbahnhof und den 10 000 Mk. für das Terrain an der Halleckenstraße von der Firma Gbr. Graul sind allerdings bereits 61 000 Mk. für den Ankauf des Domkapitelsgeländes, des Fleischbausehens und Mansfeldschen Planes verausgabt, aber dennoch empfiehe es sich, das Kapital wiederum für Geländeankäufe zu verwenden. Bürgermeister Robbe bittet dringend um Annahme der Vorlage. Nachdem Stadts. Grempler ebenfalls für die sofortige Annahme der

Vorlage gesprochen, wird diese mit großer Majorität angenommen.

6. Abänderung und Erweiterung des Bebauungsplanes für das Gelände zwischen Weisenferstraße, alter Naumburgerstraße und Güterbahnhof. Berichterstatter Stadtb. Günter. Infolge des oben beschriebenen Aufbaus des Bebauungsplanes notwendig. Vier Straßen waren ursprünglich von der alten Naumburgerstraße nach der Weisenferstraße vorgesehen. Straße 1 (Nochstraße) besteht bereits. Straße 2 soll nach einem Antrage des Handelsgärtners Rodendorf durch dessen Grundstück geführt werden. Da dies aber lediglich nur im Interesse des Besitzers geschieht, so hat er sich verpflichtet müssen, das Gelände für die 15 Meter breite Straße schulden- und lastenfrei der Stadt kostenlos zu übergeben und die Pfahleristen zu übernehmen. Rodendorf hat sich hiernit einverstanden erklärt. Straße 3 führt an dem jetzt erworbenen städtischen Grundstück entlang. Straße 4 fällt weg, da hierfür kein Interesse mehr vorliegt. Eine neue Straße, 15 Meter breit mit 5 Meter breiten Vorgärten, soll an der östlichen Straßenseite am Güterbahnhof entlang führen, kurz vor der Einmündung in die Weisenferstraße in einem Winkel abbrechen, so daß sie direkt in die Lazarettstraße einmündet. Die Veranlassung genehmigte den Bebauungsplan.

7. Beschaffung einer Feuerlösch-Einrichtung für die Schule auf dem Wimbberg. Berichterstatter Stadtb. Günter. Durch eine allgemeine ministerielle Verfügung ist der Leiter der Volksschulen, Herr Jürgens, auch auf die Wimbbergschule mit Feuerlösch-Einrichtung in der Schule auf dem Wimbberg aufmerksam gemacht worden, da hier nur ein Ausgang vorhanden ist. Er beantragt deshalb, nach dem Muster anderer Städte die Ausrüstung mit Minimal-Apparaten. Der Magistrat und die Feuerlösch-Deputation haben den Wimbberg anerkannt, doch hielten sie die Ausrüstung mit Minimal-Apparaten nicht für praktisch. Die Deputation schlägt vielmehr vor, ein Standrohr mit Schlauchleitung usw. in der Schule in einem Glaslofen im Turm anzuordnen und diese Einrichtung auch in der benachbarten Knaben- und in der Reumarktsschule zu beschaffen. Mit letzterem Vorschlage erklärt sich der Magistrat nicht einverstanden. Der Berichterstatter kann weder dem Vorschlage des Magistrats noch dem der Feuerlösch-Deputation beistimmen; er hält diese Einrichtung für zu umständlich und unpraktisch. Viel leichter und einfacher sei die Beschaffung in kleinerem Maße zu beschaffen, wenn an den jetzt bestehenden Feuerlöscheinrichtungen Höhe angebracht werden, die das Ansteigen von Schläuchen gestattet. In jeder Etage müssen dann etwa 25 m Schlauch vorhanden sein. Stadtb. Günter stellt den Antrag, den Magistratsvorschlag abzulehnen und seinen Vorschlag anzunehmen. Stadtb. Frauenheim unterstützt den Antrag. Bürgermeister Rodde erklärte an, daß der Vorschlag zweifellos seine Berechtigung habe, aber er ersucht doch, den Magistratsantrag anzunehmen, da die Einrichtung auch den Nachbarkäufern zu gute komme. Bei der Abstimmung wird der Vorschlag des Stadtb. Günter angenommen. — Schluß der öffentlichen Sitzung 1/9 Uhr.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

8. Spergau, 25. Febr. Gefangenenkonzert und Ball des hiesigen Männergesangsvereins hatte gestern Abend eine sehr große Zahl von Besuchern in den großen Siederischen Saal gelockt, der in Folge dessen bis auf den letzten Platz gefüllt war. Was geboten wurde, entsprach allen Erwartungen. Die ernsten und humoristischen Gaben des Vereins zeigten, daß er sich auf seiner bisherigen Höhe erhalten hat, was außer dem Eifer der Mitglieder in erster Linie der Tätigkeit seines Dirigenten Herrn Böritz zu danken ist. Besonders gefallen natürlich die theatralischen Vorstellungen. Es wurde flott gespielt und gut gefungen, wobei sich die einzige mitwirkende Dame, Frä. T. die auszeichnete. Das Singpiel „Es muß eine Frau ins Haus“ war sehr lieblich, „Risch auf der Reichstagswahl“ und „der Hauptmann von Köpenick“ von drohiger Komik. Als der Hauptmann abgeführt war, wurden die Tische weggeräumt und es begann der Ball, zu dem sich die jungen Damen geschmackvoll herausgegeben hatten.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 300 Jahren, am 25. Februar 1557, wurde der deutsche Kaiser Matthias geboren. Er war zuerst Statthalter der Niederlande, dann von Österreich, als Nachfolger

den Protestantismus unterdrückte. Er wurde wegen der Regierungsunfähigkeit Rudolfs II. von den böhmischen Ständen als Kaiser gewählt und trat nun benannt mit einem Heere dem Kaiser entgegen und nötigte diesen zur Absetzung von Böhmen, Ungarn und Siebenbürgen. Hieraus resultierten aber auch die Verwirrungen in die sich die böhmischen Stände stürzten. Endlich, nach Rudolfs Tode, wurde Matthias 1612 zum deutschen Kaiser gewählt, als welcher er jedoch im Innern des Reiches infolge der Religionsstreitigkeiten ziemlich machtlos blieb. Es ging ihm schließlich so, wie es seinen Vorgängern durch ihn ergangen war: auch er mußte Böhmen und Ungarn bereits bei Abreise an den Erzherzog Ferdinand abtreten. In seiner Zeit konnten die Pfälzerkämpfe nicht richtig genau zur Regierung gelangen, worunter man in der Regel die Unterdrückung und Misshandlung des Volkes verstand. Matthias starb nach zur rechten Zeit, 1616, ehe die Gruel des 30-jährigen Krieges begannen, zu dessen Vorbereitung auch Matthias durch seine Politik mit beigetragen.

Wetterwarte.

Vorwöchentliches Wetter am 27. Febr.: Windiges, etwas wärmeres, meist wolfiges bis trübes Wetter mit etwas Regen. — 28. Febr.: Wechselnd bewölkt, zeitweise heiteres, ein wenig kälteres Wetter mit etwas Niederschlägen.

Gerichtsverhandlungen.

Mühlh., 24. Febr. In der letzten Schöffengerichtssitzung wurde folgende Strafsache verhandelt: Am 1. Januar d. J. wurde im Stummannschen Gasthof zu Auen ein öffentliches Raufvergnügen von den Sozialdemokraten abgehalten, in der der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Vallender sprach, die aber nicht vollständig angeordnet war. Gegen den Redakteur Vallender und dem Gastwirt war deshalb eine Strafverfügung erlassen, wegen ungesetzlicher Einhebung angeordnet wurde. Der Gastwirt Schumann erklärte dann auch seinen Restbuch, da er von der Verurteilung nichts weiß. Vallender wurde dagegen zu einer Geldstrafe von 60 Mk. oder 12 Tagen Haft verurteilt, weil er eine nicht polizeilich angeordnete Versammlung, in der politische Angelegenheiten erörtert wurden, abgehalten hatte.

Bernburg, 25. Febr. Wegen Plünderung eines Erbvertrages in hiesigen alten Friedhöfe wurde der Herr Richter zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Berlin, 25. Febr. Wegen der Spandauer Raufvergnügen wurde Hauptverurteilter Poppe aus dem Gefängnis ausgesprochen und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Freiberg Sa., 23. Febr. In dem Prozeß gegen den bei der Ermordung seiner Ehefrau angeklagten Wassner (S. 3) wurde heute das Urteil gesprochen, wurde dagegen zu einer Geldstrafe von 60 Mk. oder 12 Tagen Haft verurteilt, weil er eine nicht polizeilich angeordnete Versammlung, in der politische Angelegenheiten erörtert wurden, abgehalten hatte.

Deßau, 23. Febr. Im Prozeß gegen die Frau des Angeklagten Spappach aus Hesse, die sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen eines Raufvergnügens hatte verurteilt, wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde mildernde Umstände zugebilligt. Daraufhin verurteilte das Gericht Frau Spappach zu einem Jahre und Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der erstinstanzlichen Untersuchungshaft. Der Mitangeklagte, der Bräutigam, wurde mit dem für seine Verurteilung unterhalten hatte, erhielt einen Monat Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der Untersuchungshaft. Beide Angeklagte unterwarfen sich dem Urteil.

Ein bei der Arbeit erhaltener Mädelich kann ein Betriebsunfall sein. Ein Magazinsgehilfe erlitt im Betriebe einer Fabrik und Lastkraftwagen während der Arbeit einen Mädelich aus linken Oberarm, welcher zur Folge hatte, daß eine Handverlängerung entstand und die ganze Hand wegen drohender Amputation aufgegeben werden mußte. Der Verletzte erlitt Amputation an linksen Hand, die jedoch von der Betriebsversicherung abgelehnt wurden, da kein Betriebsunfall, sondern nur eine zufällige Gefährdung des Lebens vorliege, die jedoch auch hätte treffen können. Die gegen diesen Verletzte eingeleitete Verurteilung des hiesigen Schöffengerichtes für Arbeitsversicherung war von Erfolg gekrönt, da dem Kläger eine Verurteilung von 50 Prozent des Lohnes zuerkannt wurde. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß nach der Nachprüfung des Reichsversicherungsamtes ein Mädelich dann ein Betriebsunfall darstellen könne, wenn für die schädlichen Folgen des Mädelichs eine höhere Gefahr bestehe. Dieses ist dadurch gegeben, daß die Wunde durch die Art des Betriebes, sowie infolge einer in unmittelbarer Nähe gelegenen Falltür, in dem Betrieb auch Giftstoffe verwendet werden, mit Giftstoffen infiziert gewesen sein könne.

Gendarm und Lehrer in Medienburg-Strelitz. Nach einer letzten herausgegebenen Verfügung erhalten die Gendarmen in Medienburg-Strelitz ein Anfangsgeld von 1200 Mk., 130—150 Mk. Wohnungsgeld, freie Verpflegung sowie eine Entschädigung für die Reparatur der Kleidung. Auch die Pensionenverhältnisse sind geregelt. Dagegen langen die Prozeßgelder, Stadtschreiber mit 900 Mk. Gehalt an Wohnungsgeld gibt nicht, und das Endgehalt der Landesherr beträgt nur etwa 1350 Mk. — Ebenfalls von dem letzten Unterchied in der Verpflegung des Gendarmen- und Lehrerkörpers zeigt folgende Mitteilung: In einer Strafsache gegen einen Schulnachbarn wurde neben dem Gendarm auch der Lehrer als Zeuge vernommen. Der Lehrer, der vom Gerichtsorte 10 Kilometer entfernt wohnt, erhielt 9 Mk. Gehalt; der Lehrer, der inzwischen verstorben ist, wurde mit 2 Tage zur Hin- und Hinfahrt bezahlt, also auch Nachquartier bezahlt wurde, wurden 5 Mk. (!) Anwesenheitsgeld gezahlt. In einer Beschwerde berief er sich auf eine Ministerialverordnung und erhielt 15 Mk. nachgezahlt. Als aber mehrere Landesgerichte in anderen gleichartigen Beschwerdebefanden diese Verurteilung für unannehmlich erklärten, forderte man von dem Lehrer nach etwa 2 Jahren die 15 Mk. wieder zurück. Das gleiche Schicksal trifft jahraus jahrein zahlreiche Lehrer, aber meistens der preussischen Staatsbehörden ist noch nichts zur Abwehlung des unbilligen Zustandes geschehen. Die Volksschullehrer rangieren eben auch im 20. Jahrhundert für manche Art in der Nähe des Tagelöhners!

Vermischtes.

* (Schneesturm) herrschte Sonnabend und Sonntag im ganzen Döberberg und lauten dort gewaltige Schneemassen gelagert. Der stark Sturm hat in den hohen Fichten und Tannen großen Schaden angerichtet. Randschnee-Fichten brachen direkt über dem Erdboden ab.

* (Der alte Herr von der preussischen Garde) ist vor einigen Tagen zur großen Eme erkrankt worden; es war dies der 95 Jahre alte Gardehauptmann Karl Gustav Pöndler in Unter-Döberholz, Kreis Wipperfurth. Gelegenheit des großen Gedächtnisses in Remagend vor einigen Jahren machte der Verlebte noch den Paradenmarsch der Gardebrigade in der Front mit.

* (Sturmwinden in Böhmen) Aus allen Bergabgegenden Bohemens lauten Nachrichten über große Verheerungen etc., die das letzte Sturmmeer verurteilte. Im Fier- und Erzgebirge hat das Unwetter großen Schaden angerichtet und viele Hunderte von Sämmen zerstört. Durch das gleichzeitige starke Schneetreiben wurden zahlreiche Verkehrsrichtungen herabgeführt. Das Bild leidet infolge des hohen Schnees Not. Auch aus dem Böhmerwald und dem Riesengebirge lauten Nachrichten über Wetterkatastrophen. In den Alpenregionen wird durch die rasche Schneemenge Bodenwasser beschaffen. Der neuerliche orkanartige Sturm in der Nacht zum Donnerstag hat abermals in Wäldern, Gärten und Feldern großen Schaden verursacht.

* (Für 2000 Mark Fahrer und Fahrradbestandteile) erbeuteten Einbrecher in der Sonntagnacht bei einem Einbruchsdiebstahl in der Fahrabteilung von Barth & Brandt am Kottbusdamm 7 in Berlin. Unter Anwendung von Betrüden und Schlüsselöffnen drang die Bande in den Lagerraum ein und ließ sich unter der vorhandenen Verkleidung mit dem Inhalt der Fahrabteilung Fahrer heraus. Außerdem erbeuteten sie sich noch hunderte Vorkleider, Katenen und andere Fahrradbestandteile an. Stills unbenutzt transportierten sie dann die Räder fort.

* (200000 Dollar geraubt) haben, wie die Tribune meldet, im Unterstaatsrat der Vereinigten Staaten in Chicago Geld während der letzten Woche. Es fehlt jede Spur an den Tätern.

(Friedensdienst zwischen zwei Offizieren) Die der „Ber. Zeitung“ aus Mainz erklärt, fand dort Montag früh im Festungsgelände ein Duell zwischen dem Oberleutnant Frank und dem Leutnant Kahlenbeck, beide vom Regiment 87, statt. Leutnant Kahlenbeck ist schwer verletzt durch einen Schuß in die Brust. Oberleutnant Frank blieb unversehrt.

* (Mit der Entschiffung Spaniens) wird bereits im kommenden Sommer begonnen werden. Es liegt in der Absicht der Militärverwaltung, mehrere große Städte der Umwallungen abtragen und die anliegenden Gräben einbauen zu lassen. Die dadurch erhaltene Erdbevölkerung wird an 200000 Kubikmeter betragen. Mit dem Festungszerstören sollen mehrere militärische Anlagen zerstört werden.

* (Die Taten zweier Mörder.) Die Mörderin vor einiger Zeit, die der Arbeiterkollektive aus Westfalen im Böhmerwald verhaftet worden sei, weil er dort an dem Mord an der Reichstagspräsidentin beteiligt war, wurde in die Reichstagsgefängnisse eingeliefert. Die Taten zweier Mörder, die Mörderin vor einiger Zeit, die der Arbeiterkollektive aus Westfalen im Böhmerwald verhaftet worden sei, weil er dort an dem Mord an der Reichstagspräsidentin beteiligt war, wurde in die Reichstagsgefängnisse eingeliefert.

* (Anfall zweier Kohlendämpfer.) Die beiden Kohlendämpfer „Girard“ und „Rasta“ sind bei dem Unglücksterben tot! Was geworden. 6 Mann der Besatzung sind ertrunken. (Ein Eisenbahnunfall.) Auf der böhmischen Station Zehnitz erfolgte Montag der Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem Güterzug. Eine Person wurde getötet, sechs wurden schwer, 35 leicht verletzt. Außerdem entstand ein großer Materialschaden.

* (Wegen Unterdrückung verhaftet.) In Lang fuhr bei Königsee wurde der Bauarbeiter Paul Reiter wegen Unterdrückung von 30000 Mark verhaftet.

* (Ein schwerer Kirchenraub.) In der Pflanzstraße in Trier wurde Sonntag Nacht ein schwerer Kirchenraub begangen. Außer anderen Kirchengeräten wurde die berühmte Marienstatue im Werte von 48000 Mk. gestohlen. Die Einbrecher sind bisher unbekannt.

* (Zwei Bildlinge.) Die in Kasse-Bildlings-Kanal gefangen Feringe sind im Jahre 1906, wie in dem Bericht über die vorjährige Verurteilung Oberstaatsminister Hinkelmann-Kiel mitgeteilt, ungenügend geworden. Feringe wurden die Kanalferinge als Nahrungsmittel verkauft und allgemein gefressen. Im vorigen Jahre aber erst die Gedenkbücher der Richter: Ihre Bildlinge schmecken nach Karbol. Und so war es auch. Vermutlich lag die Ursache in der Aufstellung von Karbolwasser. Die Kanalferinge des Kaiserlichen Kanals mit frischem Wasser durchfließen ließ, bestanden die Fische noch lange den widerlichen Geschmack. Erst allmählich hat sich der dem Kanalwasser anhaftende Geruch auf der Streck von Schemna bis über Remsburg hinaus verloren. Eigentümlicherweise haben die Feringe die Lysole oder Karbolwasser des Wassers ertragen. Sie schmecken süßlich und munter an. Einbrecher sind die kleinen Fischen des Kanals, weshalb genügt in der ersten Zeit viele Feringe aufzulegen zugrunde ging. Man könnte gemeint waren die bei Brunsbüttel gefangenen Feringe von reinem Geschmack. Im übrigen hat auch 1906 der Kaiser-Wildfisch-Kanal seine Eigenart als Wasserstraße für Fischerei (Ein deutscher Brauhäus.) Die Aktienbörse in Pflanz, ein vollständig deutsches Unternehmen, hat ihre

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 M., monatlich 35 Pf.; durch die Verkäufer und die Post bezogen 1,20 M., durch den Postboten und Quasi 1,62 M. Einzelnummer 5 Pf.
Erscheint wöchentlich 6 mal vorwärts halb 8 Uhr, mit Umschläge der Tage nach den Sonntags-Beilagen, in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beizelle für den Raum 1. Elbst u. Streib (Werbung 10 Pf., außerdem 15 Pf. für die Beilagen) 25 Pf. Reflektoren pro Seite 30 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annahmestellen entgegengenommen.
— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
— Die unentgeltliche Einverständnisse sind keine Gewähr übernommen. —

Die konservativ-liberale Paarung.

Der Herr Reichskanzler Fürst Bülow hat am Montag am Schluß des ersten Tages der Staatsberatung die mit allgemeiner Spannung erwartete Programmrede gehalten, in welcher er Aufschluß gab, wie sich das Zusammenarbeiten der Rechten und der bürgerlichen Linken in der praktischen Gesetzgebung gestalten soll. Darnach soll sich das Aktionsprogramm der neuen Mehrheit auf folgende politische Aufgaben erstrecken: Eine Reform des Vereins- und Versammlungsgesetzes, eine Reform des Strafrechts und der Strafprozedur, eine Verbesserung der Beamtenbesoldung im Reich, auf eine Revision des Sozialpolitik für die arbeitenden Klassen, mit welcher gesetzgeberische Maßnahmen zur Hebung des Mittelstandes Hand in Hand gehen sollen und eine Landesverteidigungspolitik, die es ermöglicht, Ersparnisse im Heeresbudget zu machen. Auf welchem Wege diese Ersparnisse erzielt werden sollen, ist allerdings vorläufig noch nicht abzusehen; bekanntlich verläutete vor einiger Zeit aus Kreisen, die hierüber gut informiert sein können, daß die militärischen Forderungen im neuen Etat sich erledigen würden auf weitere Materialanschaffungen für die Genie- und Artillerieregimenten, sowie für die Kavallerie.

Der Herr Reichskanzler begt die Hoffnung, daß die Verbündeten Regierungen in allen diesen Fragen mit der konservativ-liberalen Mehrheit zu fruchtbarer parlamentarischer Arbeit sich zusammenfinden werden. In den rein wirtschaftlichen Fragen soll alles beim Alten bleiben; der Herr Reichskanzler scheint dabei von der Ansicht auszugehen, daß sich hierin wesentliche Differenzen zwischen den Mehrheitsparteien nicht mehr ergeben werden, nachdem die Hauptbeiträge, die Zollpolitik, durch die Handelsverträge noch auf 9 Jahre hinaus der parlamentarischen Diskussion entrückt ist. Konzeptionen an die Linke in wirtschaftlichen Fragen scheinen von der Regierung nicht beabsichtigt zu sein; der Reichskanzler unterstreicht im Gegenteil seinen bisherigen schützamerikanischen Standpunkt durch die Profilierung der Fortsetzung des „Schutzes der nationalen Arbeit“. Was das Möbden aus der Fremde schützte er das Füllhorn seiner Gaben über alle Berufsstände aus. Die Regierung will den „vollen Schutz der Landwirtschaft“ verbinden mit gleicher Fürsorge für die Industrie und für die Arbeiter. Die berühmte „mittlere Linie“, die aber in der Praxis nichts weiter war als eine einseitige Begünstigung der Landwirtschaft, soll also in der Wirtschaftspolitik auch weiter fortgesetzt werden, vornehmlich auch aus dem Grunde, weil die Regierung bei der Fortführung dieser Wirtschaftspolitik der Mitwirkung des Zentrums nicht entzihen kann.

Fürst Bülow hatte vorher Veranlassung genommen, mit dem Zentrum eine Generalabrechnung zu halten; er setzte in ziemlich breit angelegten Ausführungen auseinander, aus welchen Gründen es der Regierung unmöglich geworden sei, mit dem Zentrum weiter zu arbeiten und den durch die Verweigerung der Mittel für eine nationale Forderung hervorgerufenen Konflikt zwischen Reichstag und Bundesrat durch Berufung an die Wähler zum Austrag zu bringen. Der Kern seiner Ausführungen war der, daß das ohne prononciert christliche Weltanschauung vertretende Zentrum durch seine Kooperation mit der ausgesprochenen antinationalen Sozialdemokratie sich selbst aus der Reihe der „nationalen“ Parteien, wenigstens in diesem Falle ausgeschieden habe und daß die Regierung mit einer Partei, welche die nationalen Gesichtspunkte nur aus dikatorischen Gründen so sehr mit Füßen tritt, nicht länger zusammenarbeiten könne. Da die Regierung vielleicht später einmal, wenn sich das Zentrum inzwischen wiederum zu einer nationalen Politik bekehrt haben sollte, das Vertrauen zu der Parteien und bisher führenden Gruppe der bisherigen Regierungsparteien wiedergewinnen wird, wurde von dem Herrn Reichskanzler als eine offene Frage behandelt.

Mit der Sozialdemokratie, die der Reichskanzler am Montag nur im Zusammenhange mit den Wahlbündnissen streifte, wird sich der Herr Reichskanzler erst im weiteren Verlaufe der Staatsberatungen auseinandersetzen; es wird eine ziemlich eingehende und umfangreiche Auseinandersetzung werden, wie Fürst Bülow auf Grund der ihm vorliegenden zahlreichen Ausschnitte aus der Wahlbeilage in Aussicht stellen konnte.

Zur Lage in Rußland.

Ueber das Wahlergebnis teilt die „Petersb. Tel.-Agentur“ weiterhin mit: Wähler sind 448 Abgeordnete zur Duma gewählt, darunter 85 den monarchistischen Parteien angehörend (30 Monarchisten und 55 Mitglieder der Rechten), 42 Gemäßigte (Dobrosten, Mitglieder der Partei der Rechtsordnung, monarchistische Demokraten, Mitglieder des Zentrums) und 14 Mitglieder der übrigen gemäßigten Parteien), 276 gehören der Linken an (Mitglieder der Partei der friedlichen Erneuerung, 1 demokratischer Reformen, Progressisten, Mitglieder der Arbeiterpartei, 72 Kadetten, 48 Sozialdemokraten, 11 Sozialrevolutionäre, 88 Mitglieder der übrigen Parteien der Linken).

Zu den inneren Wirren liegen folgende Telegramme vor: Petersburg, 24. Februar. Die „Petersburger Telegraphen-Agentur“ teilt mit: Einige Petersburger Zeitungen haben behauptet, daß die gezielte Unternehmung wegen der jüngst im Hause des Grafen Witte entdeckten Höllemaschinen deren Unschädlichkeit ergeben habe. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die am 21. d. M. durch gerichtliche Sachverständige vorgenommene Untersuchung festgelegt hat, daß jede Höllemaschine bis 3 1/2 Pfund Explosivstoff von gewaltiger Kraft enthielt und daß eine Explosion zweifellos infolge Erwärmung oder durch Erschütterung hätte erfolgen müssen. Durch die Uhrwerke, mit denen die Höllemaschinen ausgerüstet waren, konnte eine Explosion nicht herbeigeführt werden, denn der Mechanismus war ungeschädigt zusammengefaßt. Wäre eine Explosion erfolgt, so würde ein Teil des Hauses und selbst die Gumbelmann zerstört worden sein.

Petersburger der Chef leicht über ihm als Friede gegen herüber fest an der abes der verfallen, verständig ministerium der Sohn Kaufmann in unteren sein. te. chisch- ert der rtschen hier auf- der Aus- lung der ge Ent- scheidung bringen muß, nicht missverständlich werden dürfe. Die unangenehme Regierung werde nur von der Absicht geleitet, bis Darn eine Situation herbeizuführen, in der sie klar stehen könne. Nur falls die Regierung zu der Erkenntnis gelangen sollte, daß Österreich den wichtigsten Interessen Argand nicht

Rechnung trage, wird Ministerpräsident Beterle jebe weitere Verschleppung für zwecklos erklären. Das ist denn doch eine wesentliche Abwägung der Koffuthschen Erklärungen. — Der Hungerstreik der ruthenischen Studenten hat den Erfolg gehabt, daß laut Beschluß des Oberlandesgerichts in Lemberg die verhafteten Studenten bis auf fünf ohne Kaution auf freien Fuß gesetzt worden sind.

Italien. In Sachen der zweiten Haager Konferenz ist der russische Staatsrat von Mariens am Sonnabend in Rom eingetroffen. Am Sonntag fand zu seinen Ehren in der russischen Botschaft ein Frühstück statt, an welchem der Minister des Auswärtigen Tittoni und das diplomatische Korps teilnahmen. Am Montag wurde Herr v. Mariens vom König von Italien empfangen.

Franzreich. Zum französischen Kirchenfreit weiß das Blatt „Etoile“ zu berichten, daß die Erzbischöfe von Paris, Lyon und Bordeaux die ihnen unterstehenden Bischöfe zu sich berufen haben, um ihnen die vom Vatikan eingetroffenen neuen Weisungen zu erteilen. — Der Vatikan läßt in der „Agenzia Stefani“, die sonst nur von der italienischen Regierung als Sprachrohr benutzt wird, erklären, daß er auf die neuen Brandstiftungs-Vorschläge nicht eingehen wolle. Der verlangte Ausschluß fremder Priester von der Benutzung der Kirchen und ebenso der Ausschluß französischer Kongregationen seien unannehmbar.

England. In einer Denkschrift des englischen Kriegsministers Haldane über das Heeresbudget 1907/08 wird die Gesamtsumme der Ausgaben auf 27.760.000 Pfund Sterling festgesetzt, was eine Verminderung um 2.036.000 Pfund gegenüber dem Jahre 1906/07 bedeutet. In der Denkschrift wird ferner angeführt, daß ein besonderer Sold in Zukunft nicht nur bei längerer Dienstzeit, sondern daß auch solchen Mannschaften, welche das festgesetzte Maß von Zerstörung im Schießen, Signalfizieren usw. erreichen, ein besonderer Sold je nach ihren Fortschritten gewährt werden soll. In übrigen wiederholt die Denkschrift die von Haldane in seinen letzten Reden dargelegten Gesichtspunkte und Vorschläge. In einer Rede zu Portsmouth sagte Kriegsminister Haldane am Freitag, er habe, wenn das Parlament zustimme, die Absicht, an das Land wegen Schaffung einer nationalen Armee zu appellieren, nicht im Geiste des Militarismus, sondern weil er der Ueberzeugung sei, daß die zur Landesverteidigung organisierte männliche Bevölkerung des Landes eine der besten Bürgerschaften des Friedens sei.

Serbien. Bei der fortgesetzten Debatte über den serbisch-französischen Handelsvertrag trat am Sonnabend in der Stupschina der Jungbrabale Draskovitch für den Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn ein. Der zur Regierungspartei gehörige Abgeordnete Petrovitch trat, der Redner habe gesprochen, wie wenn ihn Österreich-Ungarn gedungen hätte. Draskovitch verlangte hierauf in erregtem Tone vom Präsidenten Schutz gegen solche Verleumdung, widrigenfalls er den Präsidenten züchtigen werde. Die jungbrabalen Abgeordneten eilten zur Präsidententribüne, es entstand großer Lärm und die Sitzung wurde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen zog Petrovitch seinen Zuseher zurück. Im weiteren Verlaufe der Sitzung kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Minister des Innern Brattisch und den oppositionellen Abgeordneten. Die Sitzung wurde abermals unterbrochen und, da nach der Wiederaufnahme der Lärm fortwauerte, auf Montag vertagt.

Marokko. Zur Ausführung der Konferenzbeschlüsse von Algieras meldet die „Agence Haas“ vom Sonntag aus Tanger: Seit einigen Tagen sind die Vertreter der Mächte und die Delegierten des Sultan in engere Beziehungen zu einander getreten, was dadurch zum Ausdruck kommt, daß gemeinschaftliche Kommissionen zur

